

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie in Freiheit und Frieden

Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza

von Tristan Abromeit /
www.tristan-abromeit.de

Text 177.0.1

8. Februar 2024

Die aktuellen Protestwellen gegen Rechts!

Wie sind sie demokratisch zu werten?

Bewertungen sind dann besonders schwierig oder eine Glückssache, wenn keine eindeutigen Maßeinheiten und kein eindeutigen Vergleichszustände oder -objekte vorliegen. Im vorliegenden Fall ist nicht einmal eindeutig was unter demokratisch zu verstehen ist. Dazu wäre eine individuelle und eine kollektive Klärung erforderlich. Bis lang hat sich unsere Gesellschaft als Kollektiv geweigert, einen Klärungsprozess zu starten und vom Ergebnis her die Demokratie zu gestalten. Wir machen Politik auf Grund eines Sammelsoriums von übernommenen Vorstellungen und Tageseinfällen und wundern uns, dass dabei nur Unbehagen herauskommt. Da wo einigermaßen Klarheit erarbeitet wurde, wird sie nicht akzeptiert oder nicht zur Kenntnis genommen. Folglich greifen wir wieder nach alten Vorbildern, Rüsten auf, beteiligen uns an verbal versteckte Kriege und schlagen uns wieder verbal die Köpfe ein, obwohl schon vor über 40 Jahren, die ersten Gründer der GRÜNEN zu dem Ergebnis gekommen waren, dass mit dem Links-Rechts-Schema die Politik nicht mehr geklärt und gestaltet werden kann. Was nötig wäre, dass wir uns alle – entblößt von Funktionen, Titeln, erworbenener oder zugewiesener Bedeutung und von Vermögen – zusammensetzen und beraten, wer wir sind, was wir wollen und wie wir unsere Gemeinsamkeit innerhalb unserer Gesell-

schaft und mit anderen Gesellschaften gestalten wollen. Mir ist dazu in diesem Moment die Thinkstätte Þingvellir (Ebene der Volksversammlung) in Island eingefallen, in der meine Frau und ich auf unsere Rundreise auf Island 2012 waren.¹ Es soll eine der ältesten demokratischen Versammlungsorte sein. So können wir heute unsere Demokratie, die in unbefriedigenden Zustand stecken geblieben ist nicht weiter entwickeln. Das heißt aber nicht, dass wir so weitermachen können wie bisher. Im Text 177.0 *Einführung* habe ich kurz beschrieben, welche Möglichkeit wir heute hätten. Ich will mich hier nicht weiter darauf einlassen. Ich hoffe dass ich später noch dazu bekomme. Aber ich spiele ja nicht mit einem gedanklichen Ball, der nur für mich gedacht ist.

Meine eigene Haltung zum Flüchtlings- und Einwanderungsproblem kann man ableiten aus meiner Antwort (Text 177.11.3) auf den nachfolgend als Link eingefügten Text von Werner Onken. https://www.werner-onken.de/files/modern_green/downloads/Onken_Rechte%20Kapitalismuskritik.pdf

Ich will mich mit drei von mir kommentierten Zitaten aus der HAZ vom 6. 02. 2024 meiner Wertung – die irrig sein kann – nähern.

In dem Artikel von Markus Decker „Es geht aufwärts – ein bisschen / Die Grünen wurden viel gescholten in letzter Zeit, doch die Umfragen stabilisieren sich langsam“ heißt es:

Habeck gibt sich bei seinem Auftritt im Colosseum jedenfalls gut gelaunt und kämpferisch. Er beklagt den weltweit gedeihenden Rechtsradikalismus, der Probleme nicht löse, sondern so verschärfe, dass sie nicht mehr lösbar seien. Auch beklagt Habeck die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Union, die, wie es jetzt auf einem Berliner Wahlplakat heiße, lediglich „Stoppzeichen setzen“ wolle. Die Grünen lobt er hingegen mit den Worten, sie seien zu „einer selbstbewussten Partei“ geworden, „die dieses Land gestalten will“.

Habeck übersieht, das Links- und Rechtsradikalismus immer dann anwachsen, wenn die politische Mitte nicht ihre Schulaufgaben macht. Da die Mitte erstens linkslastig ist (also von konservativen linken Leitbildern geprägt ist und real die gesellschaftlichen Probleme vermehrt, die Linken nichts neues zu bieten haben, ist es kein Wunder, dass nicht nur bei uns die Wähler eine „Rettung“ auf der rechten Seite suchen. Insofern zeigt sich, dass die Demokratie funktioniert. Die Frage ist warum die Rechtsradikalen nichts Besseres zu bieten haben als hässliche Auftritte. Wobei zu bemerken ist, dass eine rückwärtsgewandte Politik

¹ Färöer und Island Gedanken vor, während und nach einer eindrucksvollen Reise: Übersicht Text 105.0 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.0%20Uebersicht_Einfuehrung.pdf
105.3.1 Von Þingvellir (Ebene der Volksversammlung) . Zur Zeitschrift "mdmagazin" von Mehr Demokratie e.V. und zu unserer politischen Verfassung .. Mein Pech: gerade diese Datei habe ich vergessen auszuführen. Aber hier kann man einiges erfahren: <https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Eingvellir>

egal, ob sie links oder rechtslastig ist, keinen dauernden Erfolg bringen kann. Das gilt aber auch wenn die politische Mitte in die Mittelmäßigkeit verkommt. Und diesen Zustand werden die Parteien nicht alleine überwinden.

Hier passt ein Zitat von Ralf Dahrendorf, das ich schon 1978 in meinem „PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“ benutzt habe. Es lautet:

„Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ..

Aus „Die Zeit“ Nr. 35/77 / Hier übernommen aus:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf>

Hier bräuchte man nur ein Paar Namen auswechseln und die GRÜNEN in der Wirkungsweise mit der CDU gleichsetzen, denn das Modell der Sozialdemokratie – das gut gemeint ist, aber auf Dauer in eine DDR2 führt und in unterschiedlich Intensität von fast alle Parteien im Bundestag vertreten wird. (Das ist keine Aussage gegen die Sozialdemokraten als Menschen, sondern gegen das Modell.) Aber was die AfD gesellschaftspolitisch, ökonomisch vertritt, weis ich nicht so recht. Vermutlich nichts Gutes. Aber das kann ein Vorurteil sein oder auf ein Mangel in der Berichterstattung der Medien sein.

In einer Spalte neben den Bericht der HAZ zu den Grünen, wird über eine gerichtliche Niederlage der AfD berichtet.

Berlin. Das Bundesinnenministerium (BMI) muss seine Aussagen über den Anteil rechts-extremistischer Mitglieder der AfD im Verfassungsschutzbericht 2022 nicht ändern. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin im Eilverfahren entschieden, wie ein Sprecher am Mittwoch mitteilte. Das Ministerium sei nach dem Bundesverfassungsschutzgesetz berechtigt, die Öffentlichkeit über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu informieren, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorlägen, hieß es. Im Bericht heißt es, die Partei habe „gegenwärtig schätzungsweise ein extremistisches Personenpotenzial von etwa 10 000 Personen“ beziehungsweise „von 30 bis 40 Prozent aller AfD-Mitglieder“. Die Partei wollte dem BMI diese Aussage im Eilverfahren untersagen. Sie hält sie für nicht haltbar. Die Passage sollte im Verfassungsschutzbericht gelöscht werden. Nach der Niederlage in erster Instanz hat die AfD nach Angaben des Gerichtssprechers bereits Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt. Die Partei sieht sich in ihrer Betätigungsfreiheit verletzt. Zudem verstoße die Darstellung gegen das Sachlichkeitsgebot und die Neutralitätspflicht, argumentierte die AfD. Aus Sicht des Gerichts ist die Berichterstattung jedoch zulässig und verstößt nicht gegen die Gebote staatlicher Neutralität.

Wer sich hier nicht zustimmend zu dem Gerichtsurteil äußert und zögernd ein Verbot der AfD zu fordern, der kann mit einiger Sicherheit damit rechnen als Rechts-Radikaler einge-

Überwindung... Text 177.0.1-3 – Protestwellen gegen Rechts!

stuft zu werden. Mich interessiert die AfD hier nur am Rande. Mir geht es um das Fortschreiten der Entmündigung der Bürger. Ich habe den Eindruck, dass bestimmte Bürger oder deren Haltung nicht mag, auf dem gesetzlichen Wege mundtot gemacht werden sollen. Es soll wohl ein Gegenstück zu den 70er Jahren geschaffen werden.

Politische Willkür 50 Jahre Radikalenerlass: Berufsverbot für "Extremisten"

28. Januar 2022, 16:44 Uhr

In der Bundesrepublik herrscht Anfang der 1970er-Jahre Angst vor einer Unterwanderung des Staates durch die Kommunisten. Besonders die DKP steht unter scharfer Beobachtung des Verfassungsschutzes. Am 28. Januar 1972 verabschiedeten Bund und Länder den Extremistenbeschluss, der später nur noch "Radikalenerlass" genannt wird. Rechte, vor allem aber linke "Extremisten", dürfen fortan nicht mehr im öffentlichen Dienst arbeiten. Erst ab 1985 wird der "Radikalenerlass" sukzessive aufgehoben.

<https://www.mdr.de/geschichte/zeitgeschichte-gegenwart/politik-gesellschaft/radikalenerlass-berufsverbot-bundesrepublik-100.html>

Wenn da keine üble Masche der Konkurrenzabwehr, sondern eine ehrenwerte Absicht zum Schutz der Demokratie vorliegt. Dann sehen die Verfassungsschützer in unterschiedlicher Funktion nicht, dass sie selber die Demokratie gefährden. Hier wirkt sich wieder aus, dass den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg eine falsche Vorstellung von der Entwicklung der NSDAP ins Gedächtnis eingeprägt wurde. Wir laufen doch Gefahr eine DDR 2 zu entwickeln, damit wir eine DDR 2 mit Konsum- und Narrenfreiheit, aber sonst stramm der Parteiherrschaft unterordnet werden. Von der Selbststeuerung der Gesellschaft – eine Bedingung von Freiheit – ist doch jetzt schon nicht mehr viel übrig geblieben. Die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ ist doch nur eine Ideologie zur Verteidigung der Parteiherrschaft, so wie es der „Sozialismus“ in der DDR war.

Natürlich benötigt auch eine Demokratie Offenheit und Durchschaubarkeit. Aber ich habe meine Zweifel daran, dass Nachrichtendienste – die im Kern doch Spitzeldienste sind – dafür das richtige Instrument sind. Und wenn ein Verfassungsschutz die Verfassung wirklich schützen soll, dann müsste – wenn wir endlich eine bekommen – die drei Gewalten beobachtet und den Bürgern gegenüber zur Auskunftspflicht verdonnert werden. Wenn die jetzige Entwicklung keine positive Wende erfährt, dann haben wir bald eine neue STASI im Land.

In der gleichen Ausgabe der HAZ – nur eine Seite weiter – ist auch folgender Bericht zu lesen:

Die AfD läuft gegen eine Brandmauer

Landtagsdebatte über Potsdamer Treffen mit Neonazis: Partei will breiten Protest der Menschen zu „linkem Empörung-Tsunami“ umdeuten – und erhält heftigen Gegenwind von SPD, CDU und Grünen

Dort ist zu lesen:

Überwindung... Text 177.0.1-4 – Protestwellen gegen Rechts!

Grünen-Fraktionsvorsitzende Anne Kura fordert, ein AfD-Verbot zu prüfen. Sie sagt: „Wer die Vertreibung von Millionen Menschen plant, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Dagegen stehen die Menschen im Land auf.“ Die AfD fühle sich von den Demonstrationen zu Recht angesprochen, erklärt Niedersachsens Ministerpräsident Weil (SPD). „Das sind Demonstrationen für die Demokratie.“

„Dagegen stehen die Menschen im Land auf.“ Das ist eine Behauptung. Für mich ist das noch eine Frage. Auf die ich noch eingehen werde. Natürlich ist das Flüchtlingsproblem ein Drama und für viele ein Trauma. Aber erstens möchte ich Anne Kura empfehlen, einmal nachzuschauen, wie Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre über die Grünen berichtet wurde.

Zweitens wäre es sinnvoll wenn unsere Parlamente und Regierungen verpflichtet würden, die Kostenfolge jedes Gesetzes und Maßnahmen für jeden Bürger – gestaffelt nach Einkommensklassen – auszuweisen. Weil das eine wichtige Information der Bürger wäre, für eine Zustimmung oder Ablehnung von der Großzügigkeit des Staates. Auch bei der Flüchtlingsaufnahme und der Einwanderungsquote spielt das eine Rolle. Denn es herrscht doch der Eindruck, das der Staat mehr Geld ausgeben könnte, als die Summe ausmacht, die er den Bürgern vorher nimmt.

Auch die Zustimmung zu Flüchtlings- und Einwanderer-Quoten geht es nicht immer um Nächstenliebe, die verkrümelt häufig schnell, wenn die Befürworter selber dafür zahlen müssen. Und die Unternehmen, die die Einwanderung vordern würden bei diesem Thema viel zurückhaltender sein, wenn sie die sie Kosten der Einwanderung und Integration selber übernehmen müssten. Es würde für alle besser sein, sie würden neue Unternehmen dort aufbauen, wo die Fachkräfte zu Hause sind, das könnte dort einen notwendigen Entwicklungsschub auslösen und den Druck vom Kessel *Flüchtlingsstrom* nehmen. Da könnte dann auch einen revolvierenden Austausch der Mitarbeiter in Deutschland und der Niederlassung im Ausland organisieren. Außerdem könnte für die erfolgreiche Suche nach Arbeitskräften im Inland den Staat um die Hälfte schrumpfen lassen, dann wäre er immer noch ein Monstrum. Dann würden genügend Arbeitnehmer für Werte schöpfende Tätigkeiten vorhanden vorhanden sein. Dann zu den Satz: „Wer die Vertreibung von Millionen Menschen plant, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Dagegen stehen die Menschen im Land auf.“ Da hat hat Anne Kura recht. Die Deutschen haben auch genügend eigene Erfahrungen damit gemacht. Aber man ist nicht nur dann ein Demokrat, wenn man mit der Meinung aller anderen übereinstimmt, sondern auch dann noch,

wenn man gegenteiliger Meinung ist. Ich selber habe das Ziel vor den Augen, dass alle Grenzen offen werden. Und das jeder Mensch dort hinziehen kann, wonach ihm der Sinn steht. Um das zu realisieren müsste unser Staat und besonders das soziale Sicherheitssystem umgebaut werden. Und vor allem müsste das Gefälle zwischen den armen und reichen Ländern abgebaut werden. Aber dazu ist keine Fraktion in unseren Parlamenten bereit. Auch ist für den Zuwanderungsdruck durch Flüchtlinge nicht von dem lieben Gott erzeugt worden, sondern schon zu Zeiten der deutschen Politik, als es die AfD noch gar nicht gab. Man kann auch sagen die AfD ist die Strafe für das Versagen der anderen Parteien. Es wäre vielleicht auch nützlich alle politische Treffen von allen Parteien besitzeln zu lassen, um zu vergleichen ob da immer besseres produziert wird als bei der AfD und anderen radikalen Gruppen.

Vergessen wird auch bei der Auseinandersetzung mit den rechtsradikalen Abschiebungsüberlegungen, dass es auch immer eine Zuwanderungspropaganda gegeben hat, die nicht nach den Nebenwirkungen und den Kosten gefragt hat. Dreck an Stecken haben nicht nur die Rechtsradikalen.

Und nun bringe ich einen Abschnitt aus dem Buch „Die Warnung / Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“ von dem Ex-Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier.



Rechtsbrüche und Politikversagen

Die europäische Reaktion auf die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten ist weitgehend von politischer Willkür und Hilflosigkeit geprägt. Geltendes Recht wurde immer wieder ignoriert bzw. nur partiell herangezogen, dort, wo es den jeweiligen Interessen diene Die komplexe Verschränkung von Völkerrecht, EU-Recht und nationalen Gesetzen machte es außerdem leicht, die Rechtslage - absichtlich oder unabsichtlich - fehlzuinterpretieren.

Natürlich muss das Regelungssystem des EU-Asylrechts dringend reformiert werden. Aber noch ist die Dublin-III-Verordnung geltendes Recht. Sie darf nicht, wie geschildert, willkürlich oder zumindest sinnwidrig ausgelegt werden. Ihr Regelungssystem, ihre Ziele und ihre Prinzipien müssen eingehalten werden, sonst wird das Recht als Basis der Politik vollends ausgehebelt.

Fassen wir noch einmal zusammen:

- ✂ Das deutsche Asylgrundrecht ist im Grundgesetz stark beschnitten worden. Es sieht Schutz nur noch für einen sehr kleinen Kreis von Antragstellern vor, nämlich jene, die nicht über sichere Drittstaaten kommen.
- ✂ Asylbewerber, die auf dem Landweg die deutsche Grenze erreichen, müssen danach zurückgewiesen werden. Diese Vorschrift kennt zwar Ausnahmen, sie dürfen aber nicht - wie es tatsächlich geschieht - zur Regel werden. Dann wird die Einreise zum Rechtsbruch.
- ✂ Ein sogenanntes Selbsteintrittsrecht Deutschlands besteht nur für Ausnahmefälle. Eine regelhafte Nichtbeachtung dieser Grundsätze verstößt nicht nur gegen das Regelungssystem von Dublin III, sondern auch gegen deutsches Recht (§ 18 Abs. 2 AsylG).
- ✂ Darüber hinaus gewährt das deutsche Asylgesetz in Umsetzung einer EU-Richtlinie einen Anspruch auf internationalen Schutz bei begründeter Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, Religion, Nationalität, der politischen Überzeugung oder aus sozialen Gründen.
- ✂ Subsidiärer Schutz gilt denjenigen Personen, denen im Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht, insbesondere durch Krieg und Bürgerkrieg.
- ✂ Ist ein Nicht-EU-Ausländer erst einmal in deutsches Hoheitsgebiet eingereist, stehen ihm Rechte zu, die zum Teil hohe Hürden gegen Ausweisung und Abschiebung darstellen - unabhängig davon, ob die Person sich als schutzberechtigt erweist oder nicht. Hinzu kommen gravierende praktische Hindernisse, die sich einer Abschiebung in den Weg stellen.

Das Schengen-Abkommen muss deshalb in einer Weise geändert werden, dass es Grenzkontrollen in stärkerem Ausmaß und mit größerer Rechtssicherheit als bisher zur Wahrung und Durchsetzung geltenden Rechts erlaubt. Die Internierung von Flüchtlingen in Lagern außerhalb der EU stellt vielfach eine Menschenrechtsverletzung dar - mit deutscher Unterstützung. (S. 64 f.)

Anmerkungen zu den Protesten.

Erfreulich ist, dass sich überhaupt etwas in unserer Republik auf der Bürgerebene bewegt und nicht nur festklebt². Ich freue mich auch darüber, nicht nur verbissene, sondern auch fröhliche und lachende Gesichter bei den Berichten über die Demos im Fernsehen zu erblicken.³ Wenn aber gesagt wird, die heutigen Demonstranten würden die Demokratie verteidigen.

2 Bei dem Festkleben denke ich nicht an die Protestform für Maßnahmen gegen den Klimawandel, sondern an festhalten an Verhaltens- und Denkweisen aus der Vergangenheit, die den Weg versperren in eine freie, ökologische, gerechtere und sichere Welt.

3 Mit diesem Satz bekenne ungewollt, dass ich noch nicht auf eine der jetzigen Demonstrationen war. Aber die Teilnahme an Demos in der Vergangenheit ermöglichen es mir eine reale Vorstellung von den heutigen zu machen.

gen, dann habe ich meine Zweifel, denn wo waren denn die Demokratieverteidiger (die vom Alter hergesehen in Frage kommen) als die Mitglieder unserer Parteienherrschaft im Vereinigungsprozess Grundprinzipien der Demokratie verraten haben? Also wenn die Demonstranten die Mehrheit der Parlamentsparteien gegen die (zu recht oder zu unrecht) als demokratiefeindlich eingestufte AdF stärken wollen, dann stützen sie ja nach sachlichen Kriterien die Demokratie doch nicht, denn letztlich sind unsere hauptamtlichen Demokraten, Demokratieverweigerer. Siehe dazu folgende Texte:

10.0  **Verfassungsbeschwerde**

über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag
Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)

10.1  **Die Antwort**

und andere Rückmeldungen (15 Seiten / 459 KB)

11.0  **Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!**

Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages - *April / Mai 1993*

11.1  **Die Korrespondenz**

Es macht aber keinen Sinn die Berufsdemokraten für ihr Verhalten zu verdammen, denn wo waren denn die Millionen Amateurdemokraten, die die Fehlhaltungen und -handlungen der Berufsdemokraten hätten verhindern hätten können? Sicher wird es unter den Menschen weiblicher und männlicher Art solche geben, die in die Politik gehen um ein Karriere zu machen, auch solche, die das Gefühl ihrer Bedeutungslosigkeit loszuwerden wollen oder Lust haben an Gesetzeswerken mit zu wirken, die anderen Bürgern zwingen etwas zu tun oder zu lassen, was sie für sich selber nicht akzeptieren. Aber die meisten Mitglieder unserer Parlamente – vermute ich – wollen sicher den Gesellschaftsmitgliedern helfen, wie die Ärzte ihren Patienten helfen wollen, aber auch ihr Brot verdienen. Aber so, wie heute Politik veranstaltet wird, löst das Wirken in bei den Mandatsträger – wie auch bei den Bürgern – mehr Frust als Lust aus. Und dieser Frust wird dann durch das Niedermachen von Mitgliedern konkurrierender Parteien abgearbeitet. Die Ergebnisse sind dann entsprechend.

Es macht aber keinen Sinn, die Mitglieder unserer Parlamente als unsere Feinde zu betrachten, sondern sie viel mehr als die Leidensgenossen politisch engagierte Bürger ohne Mandat

zu verstehen. Es ist ein Fehler, sich schweigend von ihnen abzuwenden.⁴ Die grüne Partei wurde gegründet um unserer Demokratie – die die Schwindsucht hat – neues Leben einzuhauchen, sie hat sich dabei selber die Tuberkulose eingefangen und kann daher nur wenig zur Heilung unserer Demokratie beitragen. Dann tauchte die AfD aus dem Nichts auf. Aus ihr ist auch wie bei den GRÜNEN etwas anderes geworden, als die Gründer es meinten. Ich kann zu ihren Inhalten nichts sagen, weil mein Interesse an ihr nur funktional ist. Ich registriere nur, dass sie von den Mitgliedern der anderen Parteien als ein Übel hingestellt wird. Und es wird die Parole ausgegeben, sie könnte sich zu einer Herrschaft ausbreiten, wie es einst der NSDAP gelang. Das könnte sie aber nur, wenn die konkurrierenden Parteien weiterhin einen Kurs fahren, der unser Staatsschiff auf die Klippen fährt. Es macht sich hier wieder die falsche Erzählung vom Aufstieg der NSDAP bemerkbar, dass sich die Deutschen aus Begeisterung den Nationalsozialismus zugewandt und dadurch die Weimarer Republik zerstört hätten. In Wirklichkeit haben die Demokraten (auch mit Nachhilfe der Siegermächte des Ersten Weltkrieges) aus Unverstand und ideologischer Verirrung die damalige Republik zerstört und die Bürger sind in der großen Mehrheit aus ihrer Not heraus als Wähler oder Mitglieder, in die Arme der NSDAP geflohen. Der AfD – wenn sie es tatsächlich als Ziel hat, was ich nicht vermute – könnte das nur in ähnlicher Weise gelingen, wenn unsere Demokraten die gleichen zerstörerischen Wirkungen erzeugen wie ihre Vorgänger zu Weimars Zeiten. Im Moment ist es so, dass die AfD – egal, ob man sie mag oder nicht – eine positive Wirkung auf unserer Demokratie hat. Den Menschen wird wieder bewusst, dass die Existenz unserer Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass sie gepflegt sein will. Dabei genügt es nicht, blind zu wiederholen, was oft gesagt wird, dass wir die beste Verfassung aller Zeiten haben, sondern, es müssen sich mehr Bürger selbst ein Bild von der Gesellschaft machen, wie wir sie haben und wie sie es sein könnte und welche Verfassung dazu passen könnte. Aber es muss den Bürgern auch noch vermittelt werden, dass die effektivsten Verfassungsfeinde unter unseren Freuden in den Verfassungsorganen sitzen. Denn was bei uns als beste Verfassung aller Zeiten gepriesen wird, ist nur ein Behelf mit abgelaufener Gültigkeitsdauer. Ich habe neulich noch ein Bild von Konrad Adenauer vor den Augen gehabt, das mit einem Zitat von ihm gekennzeichnet war, das sinngemäß lautete: „Wir haben das Mandat nicht vom deutschen Volk, sondern von den Siegermächten erhalten.“ So ehrlich

4 Wenn sich aber 100 % der Bürger ohne Mandat um die Politik kümmern würde, bräche das gesellschaftliche Leben zusammen. Ich schätze, dass es genügt, wenn 1% der Bürger sich intensiv und 9% sich stark (mit wechselnden Personen) für das Geschehen auf der politischen Bühne interessieren und die große Mehrheit von 90 % nicht vergisst, dass das Demokratiemodell einer Gesellschaft nicht vorsieht, dass die große Mehrheit zwischen den Wahlen in den politischen Schlaf versinken kann, dann genügt das.

kann manchmal die Politik sein. Nicht nur die vergangenen Generationen können sich politisch verrannt haben, das kann auch gegenwärtigen und künftigen Generationen passieren.

Ich komme zu dem Thema der Massendemonstrationen. Im ersten Schritt will ich auf die erfreuliche Erscheinung und auf die möglichen Motive eingehen und dann im zweiten Schritt auf die Gefahren. Zuvor zur meiner Absicherung. Ich vertrete eine gesellschaftlicher Vorstellung, in der Staatsgrenzen auf die Funktion von Verwaltungsgrenzen schrumpfen und die Menschen entsprechend dem allgemeinen Menschenrechten sich dort hinbegeben können, wo sie mit dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit glauben, optimal leben zu können. Es sollte aber immer möglich bleiben, dass sich (Teil-)Gesellschaften in einem Rahmen von notwendigen Gemeinsamkeiten mit unterschiedlicher Prägung entwickeln können.⁵ Die Vielfalt in der großen Einheit muss gewahrt werden, sonst stirbt die Freiheit und die Einfalt beginnt mit ihrem Zerstörungswerk. Dazu müssten die heutigen Gesellschaften aber weiterentwickelt werden, wozu heute weder bei uns noch in anderen Gesellschaften eine Bereitschaft besteht. Wenn aus solchen Überlegungen ein verbindliches Gegenwartsprogramm entwickeln würde, das aus dem bisherigen schon realisierten Modellen abgekupfert würde, ohne das die Menschen die Sinnhaftigkeit sich aneignen könnten, dann wäre es eine politische Dummheit, weil zu viele Menschen damit überfordert wären.

Ich habe mir nochmals anhand der Internetseite der Tagesschau angeschaut, was die Protestwellen ausgelöst hat. Unter dem Titel „AfD-Politiker diskutieren offenbar Vertreibungsplan“ / Stand 10. 01. 2024:

AfD-Politiker diskutieren offenbar Vertreibungsplan / Stand: 10.01.2024 18:02 Uhr

AfD-Politiker und ein bekannter Rechtsextremer sollen sich laut "Correctiv" zu einem Geheimtreffen zusammengefunden haben. Ein Thema war offenbar die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland - auch solcher mit deutschem Pass.

Bei einem bislang öffentlich nicht bekannten Treffen sollen AfD-Politiker mit dem österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner und privaten Unterstützern über einen Masterplan beraten haben, der die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland vorsieht. Das berichtet das Medienhaus "Correctiv". Auch zwei CDU-Mitglieder seien demnach zugegen gewesen, Mitglieder der Werteunion.

Eingeladen zu der Zusammenkunft hatte demnach unter anderen der ehemalige Mitbesitzer der Bäckerei-Selbstbedienungskette "Backwerk", Hans Christian Limmer, bislang einer der Eigner der Re-

5 Ich las einen Bericht, in dem die Sorge angesprochen wurde, dass eine sich bildende Partei der Türken in Deutschland als der Türkei hörig herausbilden könnte. Das ist auch ein Preis für die Einwanderung. Man lese mal „Lebenserinnerungen / Ein Stück deutschen Lebens“ von Rudolf Eucken, Nobelpreisträger Vater von den herausragenden Ökonomen Walter Eucken, wie er beklagt, dass das deutsche Leben in den USA vernachlässigt wird. Es wird einem dann bewusst, dass die Auswanderer für die Herkunftsländer eine hohe Bedeutung haben. Einwanderung bedeutet, Abschied von dem Einwanderungsland, wie es einmal war.

staurant-Franchisemarke "Hans im Glück". [Das Unternehmen trennte sich inzwischen von Limmer.](#)

Das Rechercheteam von "Correctiv" hat das Treffen vor Ort dokumentiert, das im November in einem Hotel bei Potsdam stattfand. Einige Dokumente wurden "Correctiv" auch von Greenpeace zur Verfügung gestellt.

Hier müsste man nun wissen, war die Correctiv-Mannschaft nur auf der Jagd nach einer erfolgreichen Story, oder haben sie sich dafür bezahlen lassen, das sie etwas finden, was der AfD ans Zeug geflickt werden kann. Auch wäre wichtig ihre Stellung in dem politischen Links-Rechts-Schema zu wissen. Warum wird nicht aus geschlossenen Versammlungen anderer Parteien berichtet, dort wird nach meiner Einschätzung auch oft politischer Schwachsinn produziert, der dann nicht in der Presse erscheint.

Außerdem soll man nicht vergessen, dass sich politische Parteien (die klitzekleinen Minderheiten in unsere Gesellschaft darstellen) immer wieder sich anmaßen nach ihren Vorstellungen unsere Republik gestalten zu können. Schwachsinn ist es aber nicht, über die unerwünschte Zuwanderung und den Flüchtlingsströmen nachzudenken, damit wir damit fertig werden. Jahrzehnte lang wurde politisch so getan, als könne Deutschland die Flüchtlinge aufnehmen, ohne zu bedenken, was das bedeutet und wo der Kipppunkt liegt, an dem die Bereitschaft zu helfen in eine krasse Abwehr umkippt und sich in einen Bürgerkrieg verwandelt. Und von diesem Tatbestand habe ich wenig aus den Medien erfahren.⁶

Die Bedeutung der Nachricht über der Rechtsradikalen-Treffen ist nach meiner Wahrnehmung überbewertet und wurde im Zusammenspiel der Medien und Politikern aus der ersten (bis hin zur letzten Reihe) als Kampagne gefördert, weil sie bewusst oder unbewusst die Hoffnung hatten und haben, dass sie damit von dem dürftigen Ergebnis ihrer Politik ablenken können. Damit will ich aber nicht zum Ausdruck bringen, dass die CDU/CSU in der Lage wäre, besseres zu liefern.

Auf der Seite der Tagesschau vom 22. 1. 2024 ist zu lesen:

Die Massendemonstrationen gegen die AfD sind ein starkes Zeichen der gesellschaftlichen Mitte, sagt die Extremismusforscherin Julia Ebner. Es gebe zwei Möglichkeiten dafür, wie die Proteste langfristig wirken.

tagesschau.de: Können die derzeitigen Massenproteste in Deutschland aus Ihrer Sicht der Radikalisierung von Teilen der Gesellschaft etwas entgegensetzen?

Julia Ebner: Es kann auf jeden Fall dazu beitragen, dass mehr Menschen sich fragen, was eigentlich auf dem Spiel steht und wie ernst die Lage ist. Mit einer Partei wie der AfD, die so starke Umfragewerte hat - was das am Ende des Tages bedeuten würde, wenn die AfD

⁶ Wobei ich ja zugeben muss, das ich keine Institution bin, die den Nachrichtenstrom verfolgt und registriert.

tatsächlich stimmenstärkste Partei wäre oder in der Regierung säße. Das kann auf jeden Fall zu einer Bewusstseins-schaffung beitragen. ...

tagesschau.de: Könnte damit die Stimmung nachhaltig gegen die AfD kippen?

Ebner: Das ist eine gute Frage. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie es jetzt im weiteren Verlauf aussehen wird. Entweder kippt die Stimmung gegen die AfD.

Es könnte aber auch der gegensätzliche Effekt eintreten. Eventuell könnte es zu einer stärkeren Radikalisierung von AfD-Wählern und AfD-Sympathisanten kommen, wenn die Partei es erfolgreich schafft, ihre Opferrolle wieder in den Mittelpunkt zu stellen.

Es kann in beide Richtungen gehen. Aber es ist auf jeden Fall jetzt mit diesen bundesweiten Protesten ein Höhepunkt der gesellschaftlichen Polarisierung zu sehen.

Da stimme ich mit Julia Ebner über ein. Nur, dass die Demonstrationen ein starkes Zeichen der politischen Mitte ist, habe ich meine Zweifel. Die politische Mitte erscheint mir genauso orientierungslos, wie die Parteien an den Rändern. Die Verbindung der Vergangenheit mit der Zukunft in der Gegenwart scheint nicht gelungen zu sein. Wenn die erwähnt Polarisierung nicht zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung (und mehr) werden soll, wäre es erforderlich den Aktionismus auf allen Seiten zu dämmen und gemeinsam darüber nachdenken, wie unsere Lage wirklich ist und welche Möglichkeiten wir haben einen kalten oder heißen Bürgerkrieg zu vermeiden.

In der HAZ (Hannoversche Allgemeine Zeitung) sind wiederholt Berichte, die die Demonstrationen „gefeiert“ werden. Am 5. 2. 2024 lautet die Überschrift:

Die Mobilmacher

Am Wochenende gingen erneut Hunderttausende gegen die AfD und gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Überall im Land werden weitere Demos folgen. Das will geplant sein – doch wer sind eigentlich die Köpfe hinter dieser neuen Bewegung für Demokratie?

Das ist eine Interessante Frage, denn mit der heutigen anscheinenden oder scheinbaren Leichtigkeit konnte in früheren Jahrzehnten *Demos* nicht organisiert werden Ich denke dabei auch an die Organisatoren früherer Großdemos z. B. gegen die Notstandsgesetze in Bonn oder der Antiatomdemo in Brockdorf. Das war doch sehr viel mühsamer. Und Wohnort nahe Demos gab es auch selten. Man könnte ja sagen, gut das wir heute bessere Mittel haben Proteste zu organisieren. Aber es ist auch ein Mittel Bürger in die Irre zu führen. Schon das

Sammeln von Massen an Unterschriften für oder gegen etwas, halte ich inzwischen für problematisch, wenn nicht sichergestellt werden kann, dass die Unterzeichner sich mit dem Gegenstand der Unterschriftensammlung auseinander gesetzt haben und die Adressaten verlasst werden können, auch wirklich die Ernsthaftigkeit des Anliegen zur Kenntnis zu nehmen.

Das die meisten Demo-Teilnehmer gegen Rechtsextremismus sind, kann man vermuten, wenn auch unklar ist, was damit gemeint ist. Dass die Demos auch eine Versammlung sind für die Stärkung Demokratie, erscheint mir unsicher. Bei einer intensiven Befragung würde wahrscheinlich herauskommen, dass alles so bleiben soll, wie es ist oder dass die Christdemokraten, Sozialdemokraten, die FDP, DIE GRÜNEN oder auch die gespaltenen Linken besser für den Erhalt der Demokratie sorgen können als die AfD. Aber ist das schon ein Einsatz für die Demokratie? Die Verfasser von dem benannten HAZ-Artikel Jan Sternberg und Felix Huesmann haben sich ja Mühe gegeben die Köpfe (oder den Mechanismus) der Protestbewegung zu beschreiben. Wer den Artikel lesen will, findet ihn wahrscheinlich im Netz. Ich will nur die „Köpfe“ hier vorstellen. Das sind folgende:

Christoph Bautz ist Geschäftsführer der Organisation Campact, die die Demonstrationen nicht nur in der Mobilisierung, sondern auch mit bisher rund 800 000 Euro unterstützt. Der 51-Jährige ist Demo- und Kampagnenprofi. Vor 20 Jahren hat er gemeinsam mit Mitstreitern die Kampagnenorganisation Campact gegründet und arbeitet seitdem als ihr Geschäftsführer. In diesen Jahren hat Bautz gelernt: „Wenn sich ein Fenster für gesellschaftliche Veränderungen öffnet, ist es wichtig, schnell handlungsfähig zu sein.“ „Durch die Correctiv-Recherchen ist ein Momentum entstanden, das durch Akteure wie Campact verstärkt wurde“, sagt er. Campacts Rolle ist dabei keine kleine. „Wir erreichen mit unserem Verteiler 3,5 Millionen Menschen, die wir aufrufen können, sich an Protesten zu beteiligen.“ ...

Über einen Verteiler von 3,5 Millionen Menschen zu verfügen, das gibt schon so etwas wie politische Macht. Da die AfD ja auch beansprucht, die Gesellschaft zu verändern, müsste Campact, wenn es demokratisch zugehen soll, die Veränderungswünsche der Bürger alternativ zur Abstimmung geben. Aber das würde auf diesem Weg wahrscheinlich nicht funktionieren. Da bleibt zu hoffen, dass die Campact-Leute immer das richtige Anliegen unterstützen, was ja nicht leicht in einer Zeit ist, wo nicht mehr gewusst wird, was richtig und was falsch ist.

Luisa Neubauer, demoerfahrene Frontfrau der Klimabewegung Fridays for Future, hat am Samstag auf der Berliner Großkundgebung gesprochen.

Sie steht jetzt jedes Wochenende auf einer Bühne: erst in Berlin, dann in Hamburg, jetzt

wieder in Berlin. Was die 27-Jährige von dort sieht, sei „eine geteilte Euphorie über den Gedanken, dass wir tatsächlich etwas gegen rechte Gefahren und Demokratiefeinde machen können“. Ähnlich wie bei den Klimaprotesten „sagen die Menschen: Die Welt ist schlecht, aber sie muss nicht so bleiben“.

Fridays for Future ist in den vergangenen fünf Jahren zu einer bundesweit vernetzten Mobilisierungsmaschine geworden – und spielt jetzt eine zentrale Rolle dabei, die Proteste im ganzen Land zu etablieren. „Solche Proteste fallen aber nicht einfach vom Himmel“, erläutert Neubauer, „sondern dahinter steckt auch eine soziale Infrastruktur: Leute kennen sich, wissen, wie man Technik beschafft und Bühnen baut, wie man ein großes Plenum organisiert, wie man die Netzwerke erweitert und Redelisten organisiert. Fridays for Future ist einer der großen Akteure in diesem Land geworden, die diese soziale Infrastruktur mit am Leben gehalten haben. Eine lebendige Zivilgesellschaft zaubert man nicht herbei, das ist richtig harte Arbeit.“ Das Entstehen für Demokratie sei eine zentrale Aufgabe der Klimabewegung, sagt Neubauer:

„Für uns hängt das eng zusammen. Wir werden gegen die Klimakrise nicht kämpfen können, wenn die Faschisten uns die Demokratie einreißen.“ ...

Das klingt gut, lässt erkennen, das sich auch in Ihrem Netz herumgesprachen hat, dass es Leute geben soll, die die Demokratie abschaffen wollen. So einfach ist es nicht mit der Demokratie. Erst einmal müsste man eine Antwort darauf geben, ob das, was wir als ein Regierungssystem haben, eine Demokratie ist. Und wenn man glaubt, diese bejahen zu können, dann muss man akzeptieren, dass alle Staatsgewalt vom Volke aus geht. So steht es auch im Grundgesetz Art. 20 (2). Dieser Demokratiebaustein kann auch nicht von einer Repräsentativen Demokratie als nicht vorhanden erklärt werden, denn in dem Moment wo das geschieht, haben wir keine Demokratie mehr. Und da das so ist, hat ein Volk (besser eine Gesellschaft) das Recht sich eine Diktatur zu wählen, dass man das keinem Volk anraten kann, weil man diese nicht einfach durch eine Abwahl wieder los wird, versteht sich von selber. Aber das Werben für eine Diktatur ist noch ein demokratisches Recht und kann gleichzeitig ein Elixir für den Erhalt demokratischer Strukturen sein. Denn die Demokratie ist nicht nur eine theoretische Größe, sondern eine reale, die sich beweisen muss. Sie muss nämlich zeigen das sie die Verhältnisse der Menschen in ihren Gesellschaften besser gestaltet, als andere Regierungsformen. Abgesehen davon das ich die politischen Parteien in ihrer heutigen Rolle kritisch sehe, widerstrebt es mir, Mitglied der AfD zu werden und habe auch nicht die Absicht sie zu wählen. Aber ich sage trotzdem, die AfD ist die Quittung für die mangelnde Politikqualität der andren Parteien und da diese nicht einfach mit Wahlen zu verbessern ist, ist die Existenz der AfD ein ?? (Glücksfall passt nicht richtig.) .. ein Wecker für die Bürger, die wirklich eine Demokratie wollen, aus ihrem politischen Dämmer Schlaf zu holen.

Luisa Neubauer sagt laut Bericht: Das Einstehen für Demokratie sei eine zentrale Aufgabe der Klimabewegung. Das ist gut so. Fragt sich nur für was eine Demokratie? Ist es die die unsere Parteienherrschaft erschlichen hat? Und wenn man den Kampf zum Erhalt eines Klimas, das uns Menschen und das Leben von Fauna und Flora ermöglichen soll, gewinnen will, dann muss man sich auch um die Bedingungen für den Frieden kümmern. Und da hat man keinen Erfolg, wenn man sich nicht um die Ökonomie kümmert. Und da hapert es ebenfalls schon lange. Die Grundprobleme sind eigentlich einfacher Natur, sie sind nur dadurch kompliziert geworden, das sie mit Theorien überlastet sind und mit Privilegien belastet sind, um deren Erhalt ebenfalls gekämpft wird. Aber wenn man den Kampf gegen die Verschlechterung des Klimas oder gar gegen den Absturz, den wir nicht überleben können, gewinnen und dabei die Demokratie fördern oder erhalten will, dann bleibt nichts anderes übrig, um sich intensiv um die Wirtschaftsformen und ihr Wirken auf auf das Klima und die Demokratie zu kümmern, was vermutlich nur arbeitsteilig zu bewältigen ist.

Wir haben nur zwei reine Formen der Wirtschaftsordnungen zur Auswahl und viele Mischformen. Die eine Form wird als Zentralverwaltungswirtschaft benannt und die andere als Marktwirtschaft. Beide Formen werden in der Praxis vom Kapitalismus überlagert, der sich aber in unterschiedlicher Weise bemerkbar macht. Wichtig ist zu beachten ist, das die Demokratie und die Zentralverwaltungswirtschaft nicht zusammen existieren können. Die Marktwirtschaft und die Demokratie sich aber gegenseitig bedingen und fördern. Der Kapitalismus hingegen verfälscht das gleiche Recht der Demokraten und ist die hauptsächliche Ursache von Unfrieden in und zwischen den Gesellschaften. Die Existenzbedingung für den Kapitalismus ist die Zerstörung, der Krieg in der Ukraine und in GAZA ist für ihn ein Glücksfall. Ich sage aber nicht, dass allen Mitwirkern in der Politik das bewusst ist. Er kann mit sachlichen und friedlichen Mittel aufgelöst werden. Dafür, dass das nicht geschieht, aber stattdessen die Marktwirtschaft, die Stütze der Demokratie, immer mehr abgebaut wird, dafür sind unserer Parlamentarier verantwortlich. Die Parteienherrschaft hat bewirkt, dass die Mitglieder der Parlamente vergessen oder verdrängt haben, das sie das Zentrum für die Gestaltung der Gesellschaft sind und nicht nur Mehrheitsbeschaffer der Regierung und dadurch deren Gefangene, die nur noch als Legitimationsmaschinen für die Taten der Regierung nützlich sind. Die Minderheit in den Parlamenten darf sich dann jeweils als das demokratische Dekor verstehen. Das hat nur noch wenig mit der Gewaltenteilung zu tun.

Einen Hinweis möchte ich Luisa Neubauer und ihre Mitwinkerinnen und Mitwinker auch noch geben. Der Begriff Faschismus ist so oft als Diffamierungsmittel eingesetzt worden, das er für eine solide

und ehrliche Informationsvermittlung nichts mehr taugt.

Ich komme zu der dritten von fünf Personen, die in der HAZ als treibende Kräfte in den Protesten gegen Rechtsextremismus aufgeführt werden. Es ist Düzen Tekkal, Gründerin von German Dream und der Menschenrechtsorganisation Hawar.help.

Düzen Tekkal, deutsch-jesidische Autorin und Gründerin der Bildungsinitiative GermanDream und der Menschenrechtsorganisation Hawar.help, unterstützt mit den beiden Organisationen die „Gemeinsam Hand in Hand“-Großkundgebung in Berlin. Auch sie hat auf der Kundgebung gesprochen.

Aus den Demonstrationen dieser Wochen könne etwas entstehen, sagt die 45-Jährige. Ihre Ansprüche sind hoch: „Wir müssen eine Vision entwickeln. Es reicht nicht, immer nur gegen die AfD zu sein. Es ist zu billig.“ Die Frage sei: „Was macht uns besser als die AfD?“ Seit Jahren arbeitet die in Hannover geborene Tochter jesidischer Eltern an dieser Vision. Nun sieht sie einen entscheidenden Moment gekommen. „Dieses Land will zu wenig“, sagt sie. „Jetzt aber geht es darum, welches Land wir sein wollen. Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft, die uns auch vor Herausforderungen stellt, aber die auch unfassbaren Reichtum bedeutet.“

In Berlin hat sie vor drei Wochen schon einmal gesprochen, bei der ersten größeren Demo gegen den Rechtsruck. „Die Demonstrationen haben die sonst schweigende Mehrheit der Gesellschaft erreicht“, sagt sie. Nicht die Politikerinnen und Politiker, sondern die Zivilgesellschaft selbst müsse die Brandmauer sein gegen rechts.

Tekkal warnt aber auch: „Wir müssen die Spaltungsdynamiken in der Gesellschaft überwinden“, sagt sie und meint auch die neue Bewegung. Es gebe „Zerstörungskräfte aus allen Richtungen“, es werde versucht, „zu verunglimpfen, zu verunmöglichen, zu relativieren“. Sie fordert: „Es darf keinen Platz geben auf diesen Demos für Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und religiösen Extremismus. Wir müssen es schaffen, diesen großen gemeinsamen Nenner Demokratie aufrechtzuerhalten, von liberal bis säkular bis konservativ bis links. Jeder muss sich auch mit gemeint und mit abgeholt fühlen.“

Gerade die „bürgerlichen Kräfte“, die manchmal von den linken Ritualen auf den Demos abgeschreckt sind, müssten gehalten werden. Niemand dürfe sagen: „Die sind uns zu rechts, die haben hier nichts verloren. Dann haben wir wieder nicht verstanden, dass wir uns als Demokraten vereinen müssen. Ja, die Brandmauer gegen Rechtsextreme wurde insbesondere vom konservativen Milieu eingerissen, mit verheerenden Folgen. Aber jetzt brauchen wir die Kräfte aus den bürgerlichen Lagern, damit dieses breite Bündnis tragfähig ist in die nächsten Jahre hinein.“

Der Beitrag von Düzen Tekkal hat mir bisher am besten gefallen. Trotzdem habe ich noch Anmerkungen zu machen. Der Hinweis „keinen Platz geben auf diesen Demos für Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und religiösen Extremismus“ oder in ähnlichen Formen

beansprucht oder will sagen, dass das Vorgetragene oder Geschriebene – wie das Amen in der Kirche – alles richtig und unangreifbar ist. Das kann durch seine häufige und formelhafte Verwendung leicht, wie Rechthaberei wirken. Und wenn es um Brandmauern gegen Gefahren geht, dann kann man nicht nur an einen Schutz gegen den rechten Extremismus meinen, sondern muss auch den linken einbeziehen und auch den der politischen Mitte im Auge haben, der sich z. B. äußert in der Verteidigung von Ideologien und Sonderinteressen von Minderheiten oder in Blockaden politischer Notwendigkeiten. Der Extremismus und auch der Radikalismus lässt sich auch nicht mit Verboten und der Polizei verhindern – höchstens die Gefängnisse füllen –, sondern muss durch die Gesamtgestaltung der Gesellschaften, auf ein erträgliches Maß herabgestuft werden.

Und Brandmauern schützen auch nicht gegen alles, sondern können bestenfalls nur die Ausbreitung eines Feuers verhindern. Eine Erinnerung aus meiner erlebten Vergangenheit: Es war Krieg. Ein Onkel von mir lag mit seinem Schiff im Hafen von Bremen. Der zweite Mann an Bord war eine seiner Töchter. Fliegeralarm, Schutzsuche an Land in einem sogenannten Einmann-Bunker. Die Tochter hatte noch Platz da drinn, der Vater nicht. Die Tochter ruft immer wieder auf Plattdeutsch: „Vouder lefst du noch?“ Ein paarmal kommt die Antwort: „Jou!“ dann wird das Schiff versenkt und mein Onkel unter der stürzenden Brandmauer begraben.

Wer bestimmt eigentlich, wann ein Land ein Einwanderungsland ist. Im demokratischen Sinn hat noch nie eine Minderheit oder eine Mehrheit darüber entschieden. Mit Mühe hatten sich die westlichen Bewohner nach dem Krieg in den beiden deutschen Republiken mit den zugewanderten Vertriebenen und Geflüchteten einiger Maßen integriert⁷. Da kam schon die neue Welle in Form der Gastarbeiter, die ausgelöst wurde von der Währungsfuscherei. Also keine Entscheidung des Volkes oder seiner repräsentativen Vertretung war. Und wenn Deutschland sich dann wirtschaftlich so gut entwickelt hat, dann nicht nur weil es nach dem Zweiten Weltkrieg die richtige Entscheidung für die Wirtschaftsordnung getroffen und einiger Maßen die fällige Integration der beiden Zugereisten-Schübe bewältigt hatte, sondern auch, dass es im Vergleich mit Einwanderungsländern, wenig interne Spannungen hatte. (Die 68er-Proteste habe ich nicht vergessen, gehören aber hier nicht her.) Ich kann mich täuschen, aber ich habe in Erinnerung, dass uns gerade darum dieser Zustand als Wettbewerbs-

⁷ Ich denke das der Begriff *integriert* von mir richtig verwendet wird. Denn eine Integration ist ja kein einseitiger Vorgang..

vorteil geneidet wurde und man daher bemüht war, Deutschland diesen Vorteil zu nehmen.⁸

Deutschland hat dann auf die Einwanderung bezogen drei Fehler gemacht.

1. Es hat sich (als Regierungsprogramm) die Vorstellungen entwickelt, sie würden zu besseren Menschen, wenn sie schon vor dem Frühstück und auch bevor sie das Nachtlicht ausschalteten bekennen würden, dass sie die schuldigsten Menschen seien, die je unter der Sonne gelebt hätten.
2. Wir Deutschen haben nicht das vorhanden Wissen und Können so eingesetzt, um die Entwickländer so zu helfen, dass sie in die Lage versetzt worden wären, sich selber gegen Hunger und Armut zu schützen. So dass uns heute gar nicht Wellen von Flüchtlingen bedrohen würden.⁹
3. Hat Deutschland seine Grenze relativ offen gemacht, aber übersehen das der Wohlfahrts-Staat nach dem sozialdemokratischen Modell wie ein Magnet auf die zu kurz gekommenen Menschen in den Ländern, die von Armut und Kriegsgeschehen bedroht sind, wirken muss. Es wird nicht gesehen, dass nicht der Staat die Kosten trägt, sondern vorwiegend die Steuerzahler, die oft selber finanziell schwer über die Runden kommen. Es ist doch nicht zu übersehen, das nicht nur das Kapital die Arbeit ausbeutet, sondern auch der Staat, damit sie wie früher die Fürsten mit Spenderhosen durch die Lande fahren können. Es wird viel von der Verteidigung der Demokratie gesprochen, daher haben wir sie real noch gar nicht, weil wir uns mit einer Vorstufe behelfen, und nicht den Mut haben „reinen Tisch zu machen“ und neu mit besseren Einsichten zu starten.
Wie erreichen wir es, dass die Demokratien weder eine Mehrheits- noch eine Minderheits-Diktatur wird?

Was bei der Streitereien und den Vorwürfen, die in Verbindung mit Rassismus, Nationalismus und Ausgrenzungen gemacht werden, übersehen wird, ist, dass die Gespräche so verlaufen und die Vorwürfe so gemacht werden, als handle es bei diesen als negativ verstandenen Eigenschaften um eine rein deutsche Erscheinung oder noch schlimmer, um ein Erbe des Nationalsozialismus. Das ist offensichtlich Unsinn. Ich hatte noch kürzlich ein Gespräch mit einem Menschen, der längere Zeit in Afrika gelebt und gearbeitet hat. Der berichtete, der berichtete, das es unter den Schwarz-Afrikanern einen ausgeprägten Nationalismus und Rassismus mit Aus- und Abgrenzungsbemühungen gäbe. Ein Schwarz-Afrikaner hatte mir vorher schon in einem anderen Gespräch davon berichtet. Und aus anderen Berichten konnte ich entnehmen, dass der Rassismus in den USA am stärksten wäre. Das soll keine Entschuldigung für solche Erscheinungen bei uns in Deutschland sein. Aber wir sollten uns nicht deshalb in die Haare kriegen, was vielleicht in der Natur des Menschen angelegt ist.

8 Neben dem drängeln von Deutschlands Konkurrenten habe ich den Eindruck, dass bei uns ein umgekehrter Rassismus herrscht, der sich bemüht, alle Sorten Menschen mit ihren kulturellen Prägungen mit Nachdruck zu vermischen und der nicht die Geduld hat, abzuwarten was die natürliche Entwicklung mit sich bringt.

9 Ich komme darauf zurück.

Auch in Zeiten der NSDAP haben sich Deutsche nicht nur von den bekannten Opfern abgegrenzt, sondern nach anderen Kriterien – z. B., ob einer Mitglied der SA oder SS war – geschieden. Im Nachkriegsdeutschland habe ich in einer Gegend gewohnt wo es zwischen Katholiken und Protestanten starke Abgrenzungsbemühungen gab. Es gibt bei uns Abgrenzungen nach dem Wohnort (Stadtviertel), nach dem Vermögen, nach der Dauer, die man einem Ort wohnt, nach Bildung und Parteizugehörigkeit. Ich hatte in jungen Jahren eine ausgeprägt Rechtschreibschwäche (die immer noch nicht ganz überwunden ist), da habe ich häufig erfahren, dass das ein Merkmal meiner Minderwertigkeit sei. Ich vermute, das hinter alle diesen Abgrenzungsbemühungen, schlicht das Bedürfnis des Abgrenzenden liegt, um sich seines Selbstseins sicher zu sein. Wir Menschen haben die Fähigkeit uns als Weltbürger zu empfinden, aber letztlich benötigen wir bei allen Abstufungen, die noch möglich sind – zum Beispiel – , dass wir in der Masse der Menschen ein ganz bestimmter Mensch sind, der sich durch Geburtsort, Familiengeschichte, Beruf, Bildung und der dazugehörigen Gesellschaft beschreiben lässt. Das was ich da aufgezählt habe, ist so eine Art Sicherheitsgurt. Wer diesen zerstört, muss damit rechnen, das die Betroffenen manchmal ausrasten. Es gibt doch Zeugnisse von deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen die bis zu ihrem Tod nicht damit fertig geworden sind, dass sie gegen ihre eigene Neigung ihre Heimat verlassen mussten und sich an ihrem neuen Wohnort als Fremde fühlten. Das Gefühl des sich in der Fremde zu fühlen, kann auch dadurch entstehen, das zu viele fremde Menschen mit unterschiedlichen Eigenschaften und Sprachen in die gewohnten Wohnquartiere auftauchen.

Nochmals zu Düzen Tekkal, sie wird von den Autoren der Berichtes als deutsch-jesidische Autorin usw. vorgestellt. Mich interessiert hier das Jesidische. Ich hatte wohl hin und wieder den Begriff in der Zeitung gelesen oder in irgendeiner Sendung gehört, aber im Grunde war ich bezüglich der ihrer Existenz der Jesiden ahnungslos. Auf die Schnelle konnte ich im Internet lesen:

Durch die Anwerbepolitik der Bundesrepublik Deutschland konnte eine Vielzahl der türkischen Jesiden Anfang 1964 als Gastarbeiter aus der Türkei in die Bundesrepublik einwandern. Um einreisen zu können, mussten die Gastarbeiter vollkommen gesund und alphabetisiert sein.

Der nachfolgende Link führt zu weiteren Informationen.

<https://heimatkunde.boell.de/de/2013/11/18/jesiden-deutschland-%E2%80%93-neue-freiheiten-f%C3%BCr-alte-br%C3%A4uche#:~:text=Der%20jesidische%20Glauben%20kennt%20nur.f%C3%BCr%20seine%20Taten%20selbst%20verantwortlich.>

Wenn man etwas von der Geschichte Jesiden gelesen hat und den Grund ihres Hierseins in Deutschland kennt, dann ist ein Rückwanderung in ihr Ursprungsland eine Zumutung. Und religiös sollten wir inzwischen auch gelernt haben, dass die Katholiken und Protestanten unterschiedlicher Prägung kein Oligopol auf Religionsformen haben. Nur bei der flüchtigen Durchsicht, was diese Religion von ihren Anhängern fordert oder nicht erlaubt, kann es Konflikte geben mit den Grundrechten. Das ist möglicherweise bei anderen Religionsgemeinschaften ähnlich. Um mögliche Konflikte zu vermeiden, sollte das geprüft und eine Lösung gesucht werden. Was mir nicht gefällt, dass diese Religionsgemeinschaft auch einen Staatsvertrag anstrebt. Schon die Weimarer Verfassung sah eine strikte Trennung von Staat und Religion vor.

Religion in der Weimarer Reichsverfassung Die Staatskirche ist abgeschafft

Vor 100 Jahren wurde die Weimarer Reichsverfassung beschlossen, im August 1919 trat sie in Kraft. Darin wurden Kirche und Staat voneinander getrennt und der Einflussbereich der Religion wurde politisch begrenzt. Die wichtigsten Passagen gelten noch bis heute.

Von Marie Wildermann | 31.07.2019

<https://www.deutschlandfunk.de/religion-in-der-weimarer-reichsverfassung-die-staatskirche-102.html>

Obwohl das auch für das Grundgesetz gilt, ist das immer noch nicht vollzogen. Ich vermute, dass die Vertreter der Kirchenhierarchien den staatlichen Zuwendungen mehr vertrauen, als den Worten ihres Gottes. Unser Staat soll ein weltanschaulich neutraler Staat sein und kann nicht auftreten wie ehemals die Fürsten. Die Verknüpfungen mit Religionsgemeinschaften muss ein Ende haben und sollte nicht verlängert werden. Dieser Komplex belastet die Zuwanderung und das Flüchtlingsproblem zusätzlich.

Niclas Heins, Landesvorsitzender der Jungen Union Hamburg, will auch Konservative bei Demos gegen die AfD sehen. Am 10. Januar veröffentlichte Correctiv die Recherche über das Potsdamer Treffen mit AfD-Politikern und Rechtsextremen. Am Abend des 11. Januar demonstrierte Niclas Heins zusammen mit anderen vor der Hamburger Parteizentrale der AfD. Der 29-Jährige hat als JU-Landeschef in der Hansestadt die CDU-Jugend gemeinsam mit Jusos, Grüner Jugend und Jungliberalen zum Protest aufgerufen. „Ich glaube, jeder Demokrat war von der Berichterstattung von Correctiv erschrocken“, sagt Heins. „Gerade die bürgerliche Mitte ist aufgefordert, sich dem entgegenzustellen und die Demokratie gegen Verfassungsfeinde zu verteidigen.“ Er findet: „Auch Konservative sollten Teil der demokratischen Proteste gegen die AfD sein – gerade, weil die AfD immer wieder so tut, als wäre sie eine konservative Partei. ...“

Ich denke auch Mitglieder von Parteien und besonders von den Jugendorganisation sollten

demonstrieren gehen, wenn es ihrer Einsicht nach notwendig ist. Sie sollten es aber nicht als Vertreter ihrer Organisationen tun, dann müssten sie erst prüfen, ob das nicht eine billiges Konkurrenzverhalten ist. Außerdem haben alle Parteien, die im Bundestag vertreten sind auf die Verfassung bezogen Dreck am Stecken. Die Mitglieder der Jugendorganisationen sollten sich auch nicht einfach in die Denkgebäude der jeweils gegenwärtigen dominanten älteren Parteimitglieder einnisten, sondern ihren eigenen Kopf anstrengen, um herauszufinden, was jetzt und in naher Zukunft politische erforderlich ist.

Angela Klier, Leiterin des Kompetenzzentrums für Gemeinwesenarbeit und Engagement, organisiert gemeinsam mit der Initiative Demokratisches Erzgebirge die Demonstration „Nie wieder ist jetzt“ in Aue-Bad Schlema. Die 62-Jährige hat im Erzgebirge schon alles an rechtsextremen Gruppierungen gesehen: die NPD, den III. Weg, die Freien Sachsen – oft mit denselben Akteuren. Aufgegeben hat sie nicht. „Ich versuche hier seit 2002 die Menschen zusammenzubringen, zu vernetzen und eine demokratische Front aufzubauen“ sagt sie. Die „Freien Sachsen“ seien „nicht die Mehrheit, und nicht alle, die dort mitlaufen, sind selber rechtsextrem“. Aber dennoch ist das Erzgebirge ein schwieriges Pflaster für politische Arbeit. „Viele Menschen hier sind einfach zurückhaltend. Ich frage mich dann immer: Wenn es hart auf hart kommt, wie wird sich diese schweigende Mitte entscheiden?“

Die ersten Antworten bekommt sie in diesen Tagen, und sie stimmen hoffnungsvoll. Obwohl die Freien Sachsen auch ihre Kundgebung zu unterwandern versuchen. Sie schrieb auf Facebook nur: „Alle Menschen sind uns willkommen, die unsere Grundordnung, unser Grundgesetz achten.“ Was Klier besonders hoffnungsvoll stimmt: „Die großen Wohlfahrtsträger waren sofort dabei. Die evangelische und katholische Kirche auch. Das ist wichtig, weil viele Gemeinden seit Corona gespalten sind. Und es gibt hier Evangelikale, die offen die AfD bewerben. Es gibt Demokratiefeinde auf verschiedenen Ebenen im Erzgebirge. Und deswegen fand ich es aber so wichtig und so gut, dass sich Kirche und Wohlfahrtsträger hier für uns positionieren und Haltung zeigen.“ Ihr Fazit: „Es dreht sich gerade etwas.“

Vorweg zu meinen Anmerkungen zu dem Beitrag über Angela Klier. Die Autoren Sternberg und Huesmann haben ihren Bericht über die 5 Akteure bzw. Akteurinnen im Protest ja Porträts beigefügt. Das ist gut, denn die bildliche Darstellung von Personen können durchaus dem Leser helfen, das von den schriftlich porträtierten Personen deren Anliegen zu erschließen. Die Übertragung der Bilder in diesen Text scheitert vor allem an meinen technischen PC-Kenntnissen. Zudem weiß man bei der eigenen Kommentierung der Bilder heutzutage ja nicht, ob da wieder ein selbsternannter Sprachpolizist auftaucht, der einem nachweist, das man etwas gesagt hat, was man nicht gemeint hat. Ich versuche es trotzdem: Christoph Bautz macht den Eindruck als bewege er sich mit seinem Schiff Campact in vertrauten Fahrwasser. Luisa Neubauer, schaut aus, als sei ihr der Protesteinsatz inzwischen eine Leidensgeschichte

geworden. Düzen Tekkal ist für mich die Mona Lisa des Protestes (eine wohlmeinende und nicht abwertende Beschreibung.) Niclas Heinz schaut so, als wolle er sagen: „Ihre traut mir nicht zu, dass ich den Garten umgraben kann. Ich werde es euch beweisen.“ Angela Klier schaut so, als wenn sie versucht zu erfassen, wie sie ihren Einsatz von heute im Rückblick ihren 70ziger oder 80ziger Jahre bewertet. Das mögen von mir Spekulationen sein. Gesichtsausdrücke können sich in Sekundenschnelle verändern. Wichtig erscheint mir, dass keines der gezeigten Bilder Verbissenheit oder Hass ausdrückt. Denn sobald Verbissenheit und Hass die Gesichter von den Protestierenden zeichnet, kann man wissen, dass sie sich selber bekämpfen.

In dem Zitat von Angela Klier werden drei Gruppen benannt: ...“NPD, den III. Weg, die Freien Sachsen ...“ Offensichtlich sind das rechtsradikale Gruppen oder sollen solche sein. Bei den Freien Sachsen könnte ich nach dem flüchtigen Lesen des Wikipedia-Eintrags auch schließen, dass sie deshalb als „rechtsradikal“ eingestuft werden, weil sie Themen aufgreifen, die Linken oder den regierenden Parteien unangenehm sind. Wer da interessiert ist, sollte das selber prüfen. Mir geht es um die Gruppe „III. Weg“. Ich habe auch vernommen, dass sich unter dieser Bezeichnung eine rechte Partei gegründet hat, habe aber das bislang nicht geprüft. Aber in meinem Beitrag mit der Textziffer 177.11.3 bin ich auf einen Beitrag von Werner Onken eingegangen, in dem er sich beschwert, dass sich die politisch rechte Seite Begriffe aneignen, die ursprünglich anders verstanden wurden. So ist das auch mit dem Begriff „Dritter Weg“, der in Polen und in der katholischen Kirche auch verwendet wird, wie ich gestern Abend im Netz feststellte, aber eben auch auf der deutschen politischen Bühne. Ich rate von der Verwendung dieses Begriffes schon lange ab, weil er zu vieldeutig geworden ist. Ursprünglich meint er, die Beschreibung eines politischen Weges jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Ota Šik (https://de.wikipedia.org/wiki/Ota_%C5%A0ik#Privat) hat seine Bestrebungen auch als Dritten Weg beschrieben. (Siehe „Argumente für den Dritten Weg“, 1973) Die freiwirtschaftliche Gründergruppe der Partei DIE GRÜNEN hat ihr Bemühen auch Dritter Weg genannt. Georg Otto, Parteigründer der ersten Stunde, hat daran auch noch festgehalten, als der Begriff schon zu Verwirrung verführte. Da es aber in der Gründungszeit auch noch eine anthroposophisch inspirierte Gruppe (vom Kulturzentrum Achberg) mit der Kurzbezeichnung A3W gab haben wir den freiwirtschaftlichen Dritten Weg mit dem Zusatz (NWO) gekennzeichnet. NWO steht für das Hauptwerk von Silvio Gesell mit dem Titel *Natürliche Wirtschaftsordnung*. In meinem programmatischen Beitrag zum Programmkongress der GRÜNEN im März 1980 weise ich darauf hin, dass der erste Gebrauch

(oder die Begriffsbildung) von Wilhelm Röpke¹⁰, einem Ordoliberalen stammt. Ich weise aber auch darauf hin, dass man das Werk „Freiland / ein sociales Zukunftsbild von Theodor Hertzka vom Ende des 19. Jahrhunderts zu den Dritte-Weg-Bestrebungen rechnen kann.¹¹ Soweit ich feststellen konnte ist der Begriff *Freiland* über Mitwirker an Hertzkas Bemühungen zu den Freiwirten gekommen. Das Problem für die Freiwirte besteht darin, dass ihr heutiges wollen nicht mehr klar erkennbar ist, wenn die Begriffe ihre Deutlichkeit verlieren. Ihre alten Veröffentlichungen können sie ja auch nicht umbenennen.

In dem Bericht zu dem Wirken von Angela Klier ist auch zu lesen:

... das Erzgebirge (ist) ein schwieriges Pflaster für politische Arbeit. „Viele Menschen hier sind einfach zurückhaltend. Ich frage mich dann immer: Wenn es hart auf hart kommt, wie wird sich diese schweigende Mitte entscheiden?“

Ich vermute das hängt ab von einer realen Bedrohungslage, wie sie die Menschen vor der „Machtergreifung“ der NSDAP erlebt habe, oder welche Bedrohungslage eine oder mehrere politische Parteien und die Medien den Massen aus Überzeugung oder strategischen Gründen vorgaukeln. Das Fazit von Angela Klier stimmt schon: „Es dreht sich gerade etwas.“

Wenn man sich das, was sich da dreht als Glücksrad versteht, dann ist es nicht sicher, das es den Hauptgewinn anzeigt, wenn es stehen bleibt.

Die Wirkungen können sein:

1. Das Rad (die Demonstrationen) bleibt stehen, ohne das wesentliche geschieht. Die Resignation und das Schweigen ist größer als vor dem Beginn der Demos.
2. Es kommt zu hässlichen, gewaltsamen Auseinandersetzung. Weil die Protestierenden glauben, was ihnen jahrzehntelang erzählt worden. Die Deutschen seien in den frühen 30er Jahre aus Begeisterung für Nazis und aufgrund von Mordlust, das sie an Minderheiten ausleben wollten, als Wähler oder Mitglieder bei der NSDAP gelandet. Wenn das glaubhaft weiter gepredigt wird, dann macht es Sinn, wenn der Aufruf erfolgt: Gelaber haben wir lange genug gehört, jetzt müssen Taten folgen. Danach können die Protestierer und ihre „Gegenspieler“ ihre Köpfe gegenseitig einschlagen und bei der Erschöpfung ihre Wunden pflegen und die Toten betrauern. Aber an den gesellschaftlichen Verhältnissen wird sich nichts verbessern.

¹⁰ [https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_R%C3%B6pke_\(Wirtschaftswissenschaftler\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_R%C3%B6pke_(Wirtschaftswissenschaftler))

¹¹ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

3. Es kann auch sein, dass die jetzige moralisierende Bewegung ohne klares Konzept gegen den Rechtstrend eine Gegenbewegung hervorruft. Und vielleicht bekommt die sogar die Mehrheit und kann dann die Republik nach ihren Vorstellungen gestalten. Diese in irgendeiner Weise zu erhoffen macht die politische Lage auch nicht besser, weil nicht erkennbar ist, dass im rechten politischen Spektrum bessere Vorstellungen von der Lösung unserer gegenwärtigen Probleme bestehen als im linken Bereich und in der mittigen ausgeleiterten Radnabe des Politikrades.
4. Es bleibt, die Möglichkeit dass die Medien das tun, was die Parlamente anscheinend nicht leisten können, sie zeigen den Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklungsmöglichkeiten, die die Deutschen (die Europäer) haben und schildern jeweils deren Wirkungen und Folgen ohne Propaganda, damit sie einen Kompass für ihre Entscheidungen erhalten. Diese Möglichkeit halte ich nur für einen schönen Traum, der uns im Gewohnten Unbehagen und hoffentlich nicht unter Trümmern aufwachen lässt.

Wenn ich mich richtig erinnere, wollte ich noch etwas zu den möglichen Motiven demonstrierenden jungen und alten Menschen sagen. Dazu kann ich natürlich keine eindeutigen Aussagen machen, ohne auf ein solides Befragungsergebnis zurück greifen zu können. Ich denke, dass das Motiv für die Teilnahme jener Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, nicht in Stärkung der Demokratie liegt, sondern darin, dass die Ziele der rechten Unheilsboten nicht realisiert werden. Dann dürfte es die Deutschen geben die – direkt oder geerbt / bewusst oder unbewusst – das von der Politik geförderte Gefühl mit sich herum schleppen, sie seien ein Mitglied des Mördervolkes. Hier ergibt sich durch die Teilnahme an den Demonstrationen endlich auch einmal zu zeigen, dass man auch zu den guten Deutschen gerechnet werden kann. Dann gibt die Menschen, die sich nur wohl oder sicher fühlen, wenn sie sich zu der Mehrheit gehörend einstufen können und die nicht an einer Demonstration teilnehmen würden, wo man einsam mit ein halbes Dutzend Gesinnungsgenossen auf einen großen Platz stehen würde. (So erfolgreicher eine Demonstration ist, soviel erfolgreicher kann sie noch werden, weil es den Mehrheitsbedürftigen Sicherheit verspricht.) Aber es gibt auch die, die sich einfach in die Situation von Flüchtlingen aufgrund von eigenen oder familiären Erfahrungen versetzen können. Andere werden aus vielerlei möglichen Gründen direkten Kontakt mit einem oder mehreren Flüchtlingen haben und festgestellt haben, dass sie auch Menschen wie sie selbst. Die wenigsten werden sich darüber Gedanken machen, wer die Kosten trägt, was die Verdichtung unseres Siedlungsraumes bedeutet und vieles mehr.

Auch wird den Ursachen für den Rechtsruck bei uns und anderswo nicht nachgegangen und für ein Moment wird die Orientierungslosigkeit und Rückfall der Politik in vergangene Verhaltensmuster aus dem Fokus der Wahrnehmung der Bürger verdrängt. Und es besteht auch die Gefahr der Überhöhung der Bedrohung durch rechtsextreme Zeitgenossen, die eine Bereitschaft auslösen kann, diese zu vernichten, solange sie noch eine Minderheit sind.

Mir scheint die Berufsdemokraten von heute sitzen in eine Denk- und Handlungsfalle, wie ihre Kollegen in der Weimarer Republik. Die Nazis waren nicht so anziehend, wie man es heute darstellt, sondern die Demokraten erwies sich als abstoßend, nicht aus Bosheit, sondern weil sie Gefangene von untauglichen Denkmustern waren.¹² Und leider ist es so geblieben. Deshalb erscheinen die jetzigen Demonstrationen und der Bau einer neuen Munitionsfabrik in Niedersachsens (Meldung der HAZ vom 13. 2. 2024) als einen Einsatz für die Demokratie.

Viele Unmenschlichkeiten in der Welt würden nicht geschehen, wenn dafür nur Privatpersonen zur Verfügung stünden. Das gilt dafür, was in den Internierungs- und Vernichtungslagern geschieht wie auch in den Kriegen. Daher ist es richtig, zu verhindern, dass Extremisten in unserem Staat die Macht übernehmen. Das gilt aber nur, wenn die politische Mitte ihre Hausaufgaben erledigt hat, sonst wird daraus wie in der Weimarer Republik eine Förderung des Bösen, statt des Guten. Von unsere Innenministerin Nancy Faeser habe ich den Eindruck, dass sie eine unangemessene Macht bei der AfD verhindern will, um sie selber zu erlangen. In den Nachrichten hörte ich es und danach las es dann in der HAZ vom 10. Februar:

Bund will extreme Rechte mehr kontrollieren
Geheimdienst soll Finanzströme umfassend prüfen.
Von Markus Decker
Berlin. Das Bundesinnenministerium will die Finanzströme in rechtsextremistischen Netzwerken besser ausleuchten lassen und deshalb das Bundesverfassungsschutzgesetz ändern. Aus dem Ministerium von Nancy Faeser (SPD) verlautete am Freitag, man bereite eine entsprechende Reform vor. Operativ habe der Verfassungsschutz die Finanzermittlungen bereits verstärkt, stoße aber gesetzlich an Grenzen. Derzeit sind Finanzermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz den Angaben zufolge auf volksverhetzende und gewaltorientierte Bestrebungen beschränkt. Das Gefährdungspotenzial insbesondere von Organisationen und Akteuren der sogenannten Neuen Rechten werde dadurch nicht hinreichend erfasst, hieß es. Deshalb solle das Gesetz so geändert werden, dass es für Überwachungsbefugnisse auch auf das Gefährdungspotenzial ankomme. ...

¹² Siehe meinen Text 177.11.2.

Da mit der heutigen Politik in naher Zukunft autoritäre Regierungssysteme nicht zu verhindern sind, werden die künftigen Herrscher Nancy Faeser nachträglich ein Denkmal dafür setzen, dass sie ihre Herrschaft so gut vorbereitet hat. Und es fällt heute schon nicht mehr auf, dass die Ministerien gesetzliche Befugnisse erweitern wollen, und nicht das Parlament. Und es fällt auch nicht mehr auf, dass die Allmacht des Staates kontinuierlich aufgebläht wird, und die Stellung der Bürger geschwächt wird. (Die dürfen doch demonstrieren und von dem Rest ihres Einkommens, den der Staat ihnen lässt, dürfen sie konsumieren.)

Ich schreibe das nicht mit Häme, sondern aus Empathie für alle Mitwirker in dem politischen Geschäft, die sich sicherlich wünschen, wenn sie sich von der politischen Bühne zurückziehen oder geschubst werden, stolz sagen können, dass sie gutes bewirkt haben. Aber das Modell des Sozialdemokratismus, das sich politisch allgemein verbreitet hat, lässt das nicht zu. Dazu ist beachten, dass die Form des heutigen Sozialstaates in keine Weise den Stachel des Kapitalismus, der unsere Gesellschaft lähmt, entfernt, sondern den Kapitalismus erlaubt in geschützten Gewässern, die Netze auszuwerfen.

Kapitalismus bedeutet im Gegensatz zur Marktwirtschaft verklumpte wirtschaftliche Macht. Wo auf der einen Seite Macht entsteht, entsteht auf der andere Seite Ohnmacht. Das gilt auch für die Demokratie. Der demokratische Staat muss sich auf die wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen beschränken, sonst wird er ebenfalls eine Betreuungsanstalt von Ohnmächtigen. Das kann man eine ganze Weile dadurch vertuschen, dass überall Demokratie darauf geschrieben steht. Aber irgendwann kommt es zur Rebellion oder zur Revolution. Und für diesen Zeitpunkt ist es wichtig, dass neue und bessere Formen der Gesellschaft gefunden wurden als die alten, weil sonst ein Vakuum entsteht, in dem sich eine Diktatur ausbreiten kann. Es ist einer Gesellschaft nämlich nicht möglich, gleichzeitig zu rebellieren und konstruktiv eine neue Form des Zusammenlebens für sich zu finden. Es ist daher unsinnig, das Nachdenken über bessere oder andere Gesellschaftsformen zu verbieten. Aber das Neue ist nicht automatisch das Bessere. Das Neue muss also Gelegenheit bekommen sich zu beweisen. Um einen Schaden bei einem Misserfolg möglichst gering zu halten, muss das Neue möglichst in kleinen Einheiten ausprobiert werden. Das ist heute aber nicht mehr garantiert. Der Zentralismus, der im marxistischen Sozialismus wie auch in rechten Führersystemen zu Hause ist, hat doch schon lange die politische Mitte ergriffen. Die Entwicklung von Europa der Vielfalt zu einem Zentralstaat in dem Brüssel die Funktion von Moskau – wie in der Zeit der Sowjetuni-

on – übernommen hat, ist doch nicht zu übersehen.

Weil der Fortschritt auch in der Kommunikationstechnik große Fortschritte gemacht hat und hier auch zu Machtverklumpung – nicht nur mit Hilfe des Patentrechtes – geführt hat und nicht nur wegen der Informationsvermittlung von großer Bedeutung ist, sondern auch bei der Entwicklung von Widerstand gegen Zustände und Förderung von Anliegen durch die Bürgerschaft von Bedeutung sind, sollten die Chancen und Gefahren von Massendemonstrationen offen besprochen werden.

Die Hinweise darauf, dass der Fortschritt, in der Organisationstechnik, in der technischen Kommunikation und der Mobilität erst den Massenmord von Juden und anderen Menschen, wie er in der Nazizeit stattgefunden hat, 100 Jahre früher gar nicht in dem Umfang möglich gewesen, erscheint mir als richtige Einstufung. Und die Gefahren, die in verschiedener Weise in der Kommunikationstechnik auf die Nutzer lauert, sind inzwischen ja auch Gegenstand von Beobachtungen und Diskussionen und im IT-Bereich Gegenstand von Abwehrstrategien. Aber ich habe noch von keinem Beitrag gehört oder in einem gelesen, der auf die missbräuchlichen Möglichkeit der Mobilisierung von Massen Menschen aufmerksam macht. Ich habe im Zusammenhang mit meinen Vermutungen über die Motive der Menschen, die an den derzeitigen Massendemonstrationen teilgenommen haben oder nehmen, das Thema im auch im Sinn gehabt. Es bietet sich an, Vergleiche zwischen Massenaufmärsche in Diktaturen und Massendemonstrationen in Demokratien nachzudenken.

Zwischendurch fiel mit das Buch „Die Ordnung des Terrors / Das Konzentrationslager“ von Wolfgang Sofsky, 1993, wieder ein. Ich habe mir ein paar Seiten aus dem Epilog eingescannt, die zeigen, wie der Fortschritt in den Organisationsformen den Menschen zum dienenden Instrument des Staates macht und die dienende Rolle des Staates in der Gesellschaft umdreht. Der Textteil, den ich eingescannt habe, ist hier für die Wiedergabe zu lang, da aber meine Interpretation des Textes eine Tendenz widerspiegeln kann, die sein Verfasser gar nicht gemeint haben mag, zitiere ich doch ein paar seiner eigenen Sätze.

Das Konzentrationslager gehört in die Geschichte der modernen Gesellschaft. Auf den Schlachtfeldern der Massenkriege wurde die Vernichtungskraft moderner Technik erprobt, in den Schlachthäusern der Konzentrationslager die Zerstörungsmacht moderner Organisation. Die Neuzeit hat die Menschen von unbegreifbaren Mächten befreit, zugleich aber ihre Tötungsmacht ins Unermeßliche gesteigert. Daran gemessen wirken frühere Formen der

Macht lückenhaft und unrationell, roh in ihren Mitteln und begrenzt in ihrer Reichweite. Entstanden an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts, erreichte der organisierte Terror in den deutschen Lagern seine extremste Form. Seiner anthropologischen Bedeutung nach steht das Konzentrationslager dem modernen Krieg nicht nach. Mit Hilfe der Waffentechnik kann sich die Menschheit auf einen Schlag selbst auslöschen, durch die Organisation des Terrors ist sie in der Lage, den Menschen selbst methodisch zugrunde zu richten.

Wider alle Erfahrung neigen viele Zeitgenossen dazu, das Zwanzigste Jahrhundert als Inbegriff des zivilisatorischen Fortschritts zu sehen. Die Kultur der Rationalität scheint frühere Phasen der Despotie und Barbarei ein für allemal überwunden zu haben. Obwohl diese Ideologie mittlerweile Risse aufweist, ist das Selbstbild der Gegenwart noch immer geprägt vom Glauben an moralische Entwicklungen, vom Vertrauen auf Vernunft, Frieden oder Demokratie. ... (S.315)

... Der deutsche Henker und sein Gehilfe waren keine besonderen Menschen. Die allermeisten Täter waren so durchschnittlich, daß sie, sofern sie nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, anstandslos von der zivilen Gesellschaft aufgenommen wurden und ein normales Leben neben ihren Nachbarn führten, ohne weiter aufzufallen. Die Opfer wiederum wurden einzig deswegen zu Opfern, weil sie dazu gemacht wurden, weil man Menschen zu Außenseitern, Feinden, Überzähligen abstempelte, um sie verfolgen, quälen und töten zu können. Und viele Praktiken der Lagermacht erinnern an Verfahren, die in der modernen Organisationsgesellschaft längst entwickelt und erprobt worden waren. Neben dem staatlichen Gewaltmonopol, der rationalen Bürokratie und Arbeitsorganisation hat die Moderne auch Stätten der Disziplin, der Überwachung und Dressur hervorgebracht. Sie hat Menschen auf Lebenszeit eingesperrt oder zu folgsamen Subjekten abgerichtet. Manufaktur, Fabrik und Verwaltung sind die Zentralen der Buchführung und Aktenmäßigkeit, der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Herrschaft. ... (S. 316)

Bodenrecht

Ich komme zu einem anderen Thema, das sowohl in Bezug auf Kriege, wie auf die Flucht und Vertreibung ein Haupt-Thema der Freiwirtschaft¹³ ist. Es ist aber auch ein Armutszeugnis der Parlamente unserer Welt. Weil doch die Vorstellung herrscht, diese Parlamente würden sich bemühen die Verhältnisse für die Bürger so zu regeln, das sie in Wohlstand und Frieden leben könnten. Es geht um die Frage, wie muss die rechtliche und praktische Nutzung der Erde als Existenzbedingung der Menschen geregelt werden.

Ich habe schon mehrmals Konrad Adenauer aus dem Buch von Adolf Damaschke, „*Die Bodenreform*“ wie nachfolgend zitiert:

„Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. ... die bodenreformerischen Fragen

13 Nicht vergessen Freiwirtschaft kann man übersetzen mit: Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus.

sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur – mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben – die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nützt Ihnen nichts, wenn Sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!“

Und Gustav Bohnsack schreibt im Vorwort des Buches „*Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung*“ von Martin Pfannschmidt, 1990:

Es gibt für eine solche Durchsetzung (einer Bodenreform TA) ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschou. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschougebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen (den Widerstand TA) erfahren, die soziale Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird.

Wieder zeigt sich hier: Die Wichtigste Institution in der repräsentativen Demokratie, das Parlament, ist selbst nicht (immer) bereit die Spielregeln der Demokratie einzuhalten. Ich lasse jetzt einen Ausschnitt aus einem Auszug von einer Rede von Winston Churchill vom 17. Juli 1905 folgen. Der Text steht in dem Buch von Martin Pfannschmidt, Seite 104 (der hier gekürzte Text geht bis zur Seite 107)

Das Bodenmonopol ist nicht nur ein Monopol, sondern das weitaus größte aller Monopole. Es ist ein ewiges Monopol, und es ist die Mutter aller anderen Arten von Monopolen.

Unverdienter Bodenwertzuwachs ist nicht die einzige Form unverdienter Gewinne, aber er ist die Urform eines unverdienten Wertzuwachses, und er wird durch Prozesse erzeugt, die nicht nur nicht heilsam, sondern positiv schädlich für die menschliche Gesellschaft sind.

Boden ist eine Lebensnotwendigkeit für die menschliche Existenz. Er ist der Urquell allen Wohlstandes, in seiner Ausdehnung fast unbegrenzt, in seiner örtlichen Lage festgelegt. Dieser Boden, sage ich, unterscheidet sich von allen übrigen Formen des Eigentums, und die uralten Gewohnheitsrechte fast aller modernen Staaten haben den Besitz, die Übertragung und die Rechtsverbindlichkeiten des Bodens unter Kategorien gestellt, die von anderen Eigentumsarten grundverschieden sind. Nichts ist daher unterhaltsamer, als die Bemühungen der Bodenmonopolisten um den Nachweis zu beobachten, daß andere Arten des

Eigentums und des Wertzuwachses dem Bodeneigentum und dem unverdienten Bodenwertzuwachs in jeder Hinsicht gleichen.

Sie reden von wachsenden Gewinnen, die ein Arzt oder ein Rechtsanwalt aus dem Bevölkerungszuwachs der Stadt ziehen, in der sie leben. Sie reden von Gewinnen, die eine Eisenbahn aus dem Wachstum von Wohlstand und Betrieb der Gebiete zieht, durch die sie führt. Sie reden von Gewinnen, die durch ein Steigen von Aktien, und auch von Gewinnen, die zuweilen bei dem Verkauf von Kunstwerken erzielt werden.

Doch wie irreführend und falsch sind all diese Analogien. Die Glücksfälle aus dem Verkauf eines Gemäldes, eines van Dycke oder Holbein, mögen hier und da beträchtlich sein. Gemälde kommen jedoch nicht in jedermanns Hand. Sie legen nicht einen Zoll auf jedermanns Arbeit. Sie berühren nicht die Unternehmung und die Produktion. Sie bewirken nicht die schöpferischen Prozesse, von denen das materielle Wohlergehen von Millionen abhängt. ... (S. 104)

So ein paar Zitate beweisen noch nicht, dass eine Bodenreform notwendig ist. Aber sie können den einen oder anderen Abgeordneten Mut machen, offen zu bekennen, dass es bisher aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im hohen Haus und in den Fraktionen nicht ratsam war, das Thema aufzurufen. Ich kann mir aber vorstellen, dass das Ansprechen dieses Themas im Plenum (Ich sage es zurückhaltend.) schwer fällt. Aber die Feigheit vor diesem Thema raubt dem Parlament die Rechtfertigung seiner Existenz. ¹⁴

An dem Thema Bodenrecht kann aber auch verdeutlicht werden, dass die Fraktionsbildung in den Parlamenten der Demokratie abträglich ist. Verpflichtet sind die weiblichen und männlichen Abgeordneten dem ganzen Volk. Durch die Bildung von Fraktionen sind sie aber vorwiegend den Parteien verpflichtet. Da das Bodenrecht vermutlich in allen Fraktionen strittig ist, können die Fraktionen es nicht einheitlich vertreten und müssen es, um als Einheit handlungsfähig zu bleiben, im Themenkatalog streichen. Ohne Fraktionen würde es in dem Bundestag vermutlich wenigstens eine starke Minderheit geben, die dafür sorgen würde, dass das Thema nicht unter den Tisch fällt.

Noch anders gesehen: Zur Gründung von Parteien sind irgend welche Mängel in der Gesellschaft, die Verteidigung von Vorteilen oder die Durchsetzung eines ganzen Gesellschaftsmodells der Anlass. Das Bodenrecht ist da ein starkes Motiv. Also, die das Bodenrecht verändern wollen, streben politische Macht an. Bei diesem Streben, verändern sich dann die Motive, wenn die Verfolgung des Zieles der Machtzuwachs durch die Benennung des Problems, was gelöst werden sollte, gehemmt oder gar gestoppt wird. Es wird dann daran gearbeitet das

¹⁴ Mehr zum Thema: Text 177.5 zu Henry George und Adolf Damaschke.

Gründungsziel der Partei vergessen zu machen und das Erfordernis des Machtzuwachses neu zu begründen. Bei der SPD ist das ganz gut zu sehen. Bei allem Lobpreisungen von Hans-Jochen Vogel nach seinem Tod, war es den Sozialdemokraten sicher peinlich, dass dieser verdienter Sozialdemokrat ausgerechnet zur Bodenproblematik noch ein Buch veröffentlicht hat. Sie wird vermutlich alles vermeiden was der Stimme des verstorbenen SPD-Mannes noch Gewicht gibt.

Mir ist eingefallen, das ich in der kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek, die ich auf meiner Internetseite eingerichtet habe, eine SPD-Veröffentlichung vom Parteitag 1973 eingefügt habe, die sich mit dem Bodenrecht befasst. Vermutlich ist es das letzte mal. Jedenfalls kann ich mich nicht an einem entsprechenden Hinweis auf eine andere Veröffentlichung der SPD zu diesem Thema erinnern.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.29%20SPD%20Bodenreform.pdf

Selbstverständlich haben auch die andern Parteien die Probleme, die Fraktionsbildung mit sich bringen. Aber da müsste ich erst nach Beispielen suchen.

Ausgelöst auf das Bodenrecht hier einzugehen hat einmal die Tatsache, das die Mieter durch die Einwanderung durch steigende Mieten bestraft werden und jene Bürger, die über Bodeneigentum verfügen, durch die steigenden Bodenpreise belohnt werden. Aber das ist nur die eine Seite dieses Themas. Die Flucht aus afrikanischen und anderen Ländern haben ja in dem dort geltenden Bodenrecht ihre Haupt-Ursache.

Dann ist da ein seltenes Ereignis. In der HAZ vom 9. Februar fand ich einen Artikel zum Bodenrecht. Zwar nur an einer Stelle, an der die Redaktion nicht in den Verdacht kommen kann, dass sie unter die Bodenreformer gegangen ist. Sie erläutert:

Holger Krawinkel ist Energieexperte und Stadt- und Regionalplaner. Er schreibt an dieser Stelle als Gastautor im wöchentlichen Wechsel mit anderen über den grünen Umbau der Wirtschaft.

Das ist ja erfreulich und meinen Satz davor hätte ich eigentlich weglassen können. Aber es muss auch gezeigt werden dürfen, dass ein mühseliger über Jahrzehnte dauernde Kampf bedurfte, dass das Bodenrecht nicht ganz in die Vergessenheit geraten ist. Die Wirtschafts-Journalisten sind bei diesem Thema, genauso wie bei den Themen Zins und Währungsstabilität oft unterbelichtet oder zur Zurückhaltung gezwungen. Das kann ich nicht beurteilen.

Das Bodenrecht haben die freiwirtschaftlichen Gründer der grünen Partei dort auch eingebracht. Es wurde nicht aufgegriffen oder gar verdächtigt ein Teil der Blut-und-Boden-Ideologie der NSDAP zu sein. Das ist zwar politischer Schwachsinn, aber auch der wurde als innerparteiliches Kampfmittel eingesetzt. Ich habe nur einmal erlebt, dass ein Grüner bemerkte, das der Acker oder die Weide, wo die Windkraftanlage gebaut würde, sich ja in einen Goldesel verwandele.

Ich füge jetzt erst ein, was Holger Krawinkel zu berichten hat.

Der Kampf um die Flächen ist entbrannt

Flächen stehen immer häufiger im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen. Überall scheinen sie ein knappes Gut zu sein, um das hin und wieder erbittert gekämpft wird, in der Stadt und auf dem Land: Spannend wie ein Elfmeterschießen ging es im Gemeinderat eines 266-Seelen-Dorfs in Dithmarschen zu, der sich mit 4:3 für eine 110 Hektar große Fabrik mit 3000 Arbeitsplätzen zur Produktion von Batterien entschieden hat. Im Altöttinger Wald war derweil der mit 1326 Hektar größte Windpark Bayerns geplant. War, denn 924 Bürger von Mehring stimmten gegen Windstrom für das bayerische Chemiedreieck, wo das wichtige Reinsilizium für Solaranlagen erzeugt wird. Und Mecklenburg-Vorpommern hatte 2022 ganze 5000 Hektar für Solaranlagen in Aussicht gestellt.

Die Interessenten warten noch auf Freigabe, das Bundesland liegt im RND-Solarmonitor bei Freiflächen auf den hinteren Plätzen. Im niedersächsischen Heidekreis hat sich gar der SPD-Vorsitzende vor die Proteste in seinem Wahlkreis gestellt, die Flächen für den Bau der dringend notwendigen ICE-Strecke zwischen Hamburg und Hannover blockieren. In Paris stimmte am Sonntag eine kleine Mehrheit für die drastische Erhöhung der Parkgebühren für SUVs. Zugleich sollen 400 000 Wohnungen pro Jahr errichtet werden. Das entspricht einer Stadt in der Größe von Frankfurt. Unabhängig von anderen Widrigkeiten scheint das auch wegen des Flächenbedarfs utopisch zu sein.

Wenn in Deutschland neue Industrien gewollt, die Energieversorgung gesichert, ausreichend Wohnungen gebaut und die Städte lebenswerter gestaltet werden sollen, darf die Umverteilung der Flächen deshalb nicht dem Zufall überlassen bleiben. Es braucht stattdessen eine umfassende Reform der gesamten Flächenplanung auf der Bundes-, Landes- und Kommunalebene, die auf die künftigen Flächenbedarfe zugeschnitten sein muss. Digitalisiert wäre das übrigens erheblich einfacher.

Eines der Probleme mit dem Bodenrecht hat Holger Krawinkel gut beschrieben, aber ich habe in meinem Eifer bei der ersten Durchsicht gar nicht bemerkt, dass er das Bodenrecht mit keinem Wort angesprochen hat. Aber meine Einsicht reicht so weit, das ich sagen kann, das eine „Reform der gesamten Flächenplanung“ ohne eine Bodenrechtsreform gar nicht zustande kommt oder nur hilft, die Aktenregale zu füllen. Der Vollständigkeit halbe, füge ich noch hinzu, dass alles, was unser Erdball den Menschen zur Nutzung anbietet, gehört zum Bodenrecht, auch die Atmosphäre.

Zwischendurch eine Anmerkung zur HAZ. Die Häufigkeit, die ich sie in diesem Text zitiert habe, könnte so aussehen, als ich betreibe Werbung für die Hannoversche Allgemeine Zeitung. Das ist nicht der Fall. Die HAZ ist unsere Regional-Zeitung, da sie den Inhalt für ein breit gestreutes Publikum ausbalancieren muss, kann sie nicht jeden Tag alle Leser zufrieden stellen, aber wenn ich Brauchbares in ihr finde, nutze ich es auch gerne. Und ich bekenne, dass ich mich bisher zu wenig bei den Autoren und der Redaktion bedankt habe und hole es hiermit nach.

Es ist für mich klar, dass die Unfähigkeit der Demokraten die Währungsprobleme zu Erfassen und die Verweigerung die vorliegenden Lösungen dieser Probleme wenigstens zu prüfen, Hitler an die Macht gebracht hat und durch ihn den Holocaust ermöglicht. Anstatt das Versagen nach dem Zweiten Weltkrieg offen zu legen und zu bereuen, wurde das Versagen hinter einer vom Staat aufgezwungenen Schuld-Religion versteckt. Um das glaubhaft zu machen wurden die Nebenerscheinungen Antisemitismus und völkisches Denken zur Hauptursache der gesellschaftlichen Katastrophe erklärt.

Auch das Währungswissen, das nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer dauerhaften Vollbeschäftigung mit Kurven der Einkommens- und Vermögensverteilung geführt hätte, die die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung widerspiegelt hätte, wurden aufgrund von Sonderinteressen, Blindheit der Wirtschaftswissenschaftler und ideologischen Gründen der politischen Formationen nicht genutzt.

Durch die Anwendung des freiwirtschaftlichen Grundwissen über eine störungsfreie Ökonomie in Freiheit und Gerechtigkeit hätten die beiden deutschen Republiken der Welt eine wirkliche Wiedergutmachung zukommen lassen können. Aber dazu hätte wenigstens einer der deutschen Republiken, durch Anwendung dieses Wissen zeigen müssen, dass das Modell wirklich funktioniert. Beide Republiken waren aufgrund unterschiedlicher Ideologien dazu nicht in der Lage der Welt – und besonders nicht den Länder, die wir als Entwicklungsländer bezeichnen – ein kopierbares Modell vorzuführen. Stattdessen wird sichtbar, dass die Politik offensichtlich Lust hat, ein Weimar II in gewandelter Form aufzuführen. Um die Deutschen darauf vorzubereiten, lassen sie die Bürger in Massen verbal auf Strohpuppen einschlagen. Das ist keine Rettung der Demokratie, sondern nachhaffen totalitärer Regierungssysteme.

Um den Zusammenhang des Versagens der deutschen Politik – und die der westlichen Welt – sichtbar zu machen habe ich folgenden Text aus dem Jahr 1961 eingescannt und unter der Textziffer 177.12.2 auf meine Internetseite eingestellt. (Ein Auszug von wenigen Seiten befindet sich auch in einem anderen Text.) Dieser Text befasst sich mit jenen Ursachen des Elends der Afrikaner, das durch das Bodenrecht verursacht wird. Die Last, die die Fluchtbewegungen für uns und Europa bedeuten, können die Heilsame Medizin für die Landlosen dieser Welt werden.

Text 177.12.2

Informationen

für Kultur, Wirtschaft und Politik

Sonderausgabe für die Opfer der westlichen „Entwicklungshilfe“

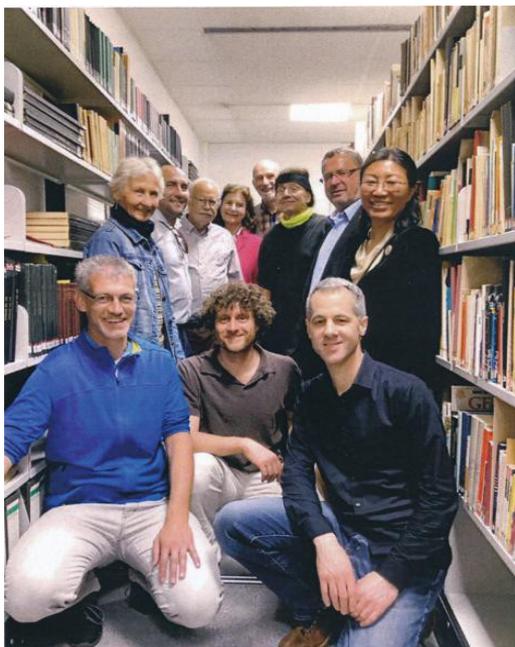
Herbert H. K. Müller

1961

Über den Zusammenhang zwischen Land, Hunger und Tod gibt es aber auch genügend Beiträge im Netz. Und wenn nach den letzten Zeilen in diesem Text zu dem Schluss kommen, hier sei ein Aufschneider am Werk, so sei ihnen das zu ihrer psychischen Entlastung oder intellektuellem Vergnügen gegönnt. Wichtig ist nur, vergeuden Sie ihre Zeit nicht mit Symbolpolitik, sondern prüfen sie die eine oder andere Aussage und tauschen sich über die Ergebnisse mit andren aus, damit ihre Stimme mehr Gewicht bekommt, egal wo Sie sie Worte der Hoffnung bilden lassen.

Zum Abschluss bringe ich noch einen Auszug aus dem CGW Rundbrief 24/1 Jan. 2024. CGW steht für Christen für gerechte Wirtschaftsordnung. (www.cgw.de) Ich bringe einen Ausschnitt aus dem Bericht über die Stiftung für Geld- und Bodenordnung. Es ist sind Rückblicke von Werner Onken bei einer internen Klausurtagung am 2. Juni 2023 in Oldenburg“. In dem Heft ist auch ein Vortragstext von Jörg Gude (mit juristischem und volkswirtschaftlichen Studium) über „Das Scheitern des Bretton-Woods-Systems als Ergebnis der Ablehnung des Bacor-Plans von Keynes“ zu finden. Ebenfalls finden sich dort Beiträge zu der Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft unter den Stichworten „Ökonomie und Herrschaftslosigkeit“ (www.ag-freiwirtschaft.de). Eine direkte Verbindung zu mir gibt es aber nicht. Ich bin kein Mitglied irgendeiner Organisation und berichte nur in eigener Verantwortung. Ich beginne

mit dem Auszug über die Stiftung und in Folge über das Archiv für Geld- und Bodenreform. Werner Onken bringt gegen Ende ein Gedicht von Bertolt Brecht. Daraus kann man schließen, dass es den freiwirtschaftlichen Gruppen personell und finanziell nicht gut geht. Die Ignoranz von der Politikseite und von der Wissenschaftsseite zeigen ihre Wirkungen, die auch besonders von Schmähungen und Verleumdungen von marxistisch orientierten Gruppen und Autoren betrieben wurden. Aber wie heißt es doch: Die Bedeutung von Menschen stellt man häufig erst fest, wenn sie gestorben sind. Die Aussage kann man sicher auch auf von Personenverbindungen anwenden. Nun, das freiwirtschaftliche Wissen kann nicht verloren gehen, weil es nichts Erfundenes ist, sondern etwas Gefundenes. Aber wenn die Quellen jetzt versiegen, dann müssen sie neu gefunden werden. Aber dann sind nicht nur Abermillionen aufgrund der Verdrängung, die auch zeitweise eine Unterdrückung war, vorzeitig gestorben, sondern es werden weitere Millionen hungern und sterben, bis das Wissen wieder allgemein zur Verfügung steht.



Besuch im „Archiv für Geld- und Bodenreform“ in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, Juni 2023. Vorn v.l.n.r.: Christian Gelleri – Daniel Mühlleitner – Tilo König, hinten v.l.n.r.: Alwine Schreiber-Martens – Toni Andress – Jörg Gude – Kathrin Latsch – Werner Onken – Thomas Betz – Dirk und Li Löhr

... Die Geld- und Bodenreformbewegung war zwar in den 1990er und 2000er Jahren im Vergleich zu anderen Bewegungen immer noch recht klein; aber es sammelten sich in unserem Archiv immer mehr Veröffentlichungen in mehreren Sprachen an - sowohl aus ihren eigenen Reihen als auch aus den Reihen von Autor/innen, die sie von außen beobachteten und auch kritisierten. Allmählich nahm das Archiv einen Umfang an, der sich nicht mehr in meinem Privathaus beherbergen ließ. So war es in dieser und auch in anderer Hinsicht in den frühen 2000er Jahren ein großer Glücksfall, den für unkonventionelle Denkansätze aufgeschlossenen Ökonomen Niko Paech von der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg kennenzulernen und mit ihm in einen freundschaftlichen Gedankenaustausch über Tauschringe, Regionalwährungen und mancherlei andere alternative und wachstumskritische Themen zu kommen. Niko Paech verdanken wir es ganz entscheidend,

dass unser „Archiv für Geld- und Bodenreform“ im Herbst 2006 als Sondersammlung in die Bibliothek der Oldenburger Universität aufgenommen wurde. Hans-Joachim Wätjen als Bibliotheksdirektor schloss mit Fritz Andres und Margrit Kennedy als 1. und 2. Vorsitzenden unserer Stiftung einen Vertrag, in dem festgelegt wurde, dass das Archiv auf unbestimmte Zeit als Dauerleihgabe der Stiftung in die Unibibliothek aufgenommen wurde. Voraussetzung dafür war, dass die Stiftung weiterhin die Verantwortung für die Bestandspflege trug und dafür sorgte, dass das Archiv für Interessierte zugänglich blieb. Anlässlich der Aufnahme des Archivs in die Universitätsbibliothek Oldenburg verfasste ich einen fiktiven Dialog zwischen Carl von Ossietzky, dem Namensgeber

der Universität, und Silvio Gesell, um derer beider Gedankenwelten zueinander in Beziehung zu setzen. (4)¹⁵

Die Möglichkeiten der Nutzung des Archivs wurden dadurch verbessert, dass Henning Osmers den Archiv-Katalog digitalisierte, um ihn durch unseren Verleger und Webmaster Christoph Gauke ins Internet stellen zu lassen.^{(5) 16} Zusätzlich zum Gesamtkatalog wurden auf derselben Website im Bereich „Forschung“ separate Verzeichnisse aller bislang über die Geld- und Bodenreformtheorie entstandenen Dissertationen sowie Diplom- bzw. Bachelor- und Masterarbeiten erstellt. Zu unserer großen Freude konnten die Geld- und Bodenreformgedanken nun zum ersten Mal in einer wissenschaftlichen Institution Fuß fassen und tatsächlich kamen zahlreiche Studierende anderer Universitäten nach Oldenburg, um im Archiv zu recherchieren. Ein Gästebuch enthält zahlreiche Einträge von Besucher/innen.

Parallel dazu konnten Niko Paech und ich mit Unterstützung unserer Stiftung ab dem Sommersemester 2008 bis zum Sommersemester 2016 eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie“ an der Universität Oldenburg veranstalten und sie danach noch bis zum Sommer 2018 als Vortragsreihe in der Freien Waldorfschule Oldenburg fortsetzen.^{(6) 17} Unter anderem wurden die Geld- und Bodenreformgedanken darin mehrmals im Kontext mit der Wachstumsfrage thematisiert. Freilich merkten wir auch, dass die ‚Personaldecke‘ für ihre intensivere Bearbeitung noch zu dünn war.

Die seit 2013/2014 über mehrere Jahre anhaltende Negativzinsära weckte unsere Hoffnung, dass über die zahlreichen englischsprachigen Veröffentlichungen, in denen auf Gesell als geistigen Vorläufer von Keynes und der Negativzinsen Bezug genommen wurde, eine systematische Diskussion über die Geldreform beginnen würde.^{(7) 18} Wir hofften auf die Einsicht, dass die Negativzinsen nur erst ein kleiner unvollkommener Schritt auf dem Weg zu einer richtigen Geldreform sind und dass ihm weitere Schritte folgen müssen. Stattdessen kam diese Diskussion nach der 2021 eingeläuteten ‚Zinswende‘ leider weitgehend zum Erliegen - hoffentlich nur vorübergehend.

Nachdem wir uns längere Zeit in einem Aufwind gefühlt hatten, ist die Diskussion über eine Geld- und Bodenreform und über Regionalwährungen während der letzten Jahre wieder abgeebbt. Zudem verloren wir durch Krankheit und Tod zahlreiche Menschen, die unsere ideellen Bestrebungen maßgeblich mitgetragen haben, und es fanden sich bislang zu wenige jüngere Menschen mit der Bereitschaft, die Stafette weiterzutragen. So befinden wir uns momentan in einer so nicht erwarteten schwierigen Lage, in der offenbar auch schon andere Menschen und Bewegungen waren. Der Dichter Bertolt Brecht hat diese Lage 1933 in einem Gedicht „An die Schwankenden“ so beschrieben:

„Du sagst: Es steht schlecht um unsere Sache. Die Finsternis nimmt zu.

Die Kräfte nehmen ab. Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben, sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

Der Feind aber steht stärker da als jemals. Seine Kräfte scheinen gewachsen.

Er hat ein unbesiegliches Aussehen angenommen.

15 Werner Onken, Carl von Ossietzky und Silvio Gesell - Eine Begegnung zweier Gedankenwelten, Kiel 2006; auf der Website https://www.werner-onken.de/files/modern_greenlima-ges/Onken.OSSIETZKY.pdf

16 Vgl. die Website <https://www.sozi-aloekonomie.info/archive.html>

17 Vgl. die Websites <https://www.zeit.de/2017/11/niko-paech-oeconom-professur-wissenschaft> und <http://www.postwachstumssoekonomie.de/vortragsreihe/>

18 Vgl. die Website [Vgl. die Website https://www.silvio-gesell.de/englisch.html](https://www.silvio-gesell.de/englisch.html)

Wir aber haben Fehler gemacht. Es ist nicht zu leugnen. Unsere Zahl schwindet hin.

Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer Wörter hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist jetzt falsch von dem, was wir gesagt haben?

Einiges oder alles? Auf wen rechnen wir noch?

Sind wir Übriggebliebene, herausgeschleudert aus dem lebendigen Fluss?

Werden wir zurückbleiben? Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?

Müssen wir Glück haben?

Sofragst du. Erwarte keine andere Antwort als die deine."

In dieser unübersichtlichen Lage erschien es uns sinnvoll, einen ‚harten Kern‘ von Mitarbeiter/innen der „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung“ im Juni 2023 zu einer internen Klausurtagung nach Oldenburg einzuladen. In mehreren Kurzvorträgen und Diskussionen ging es um die sich gegenwärtig zuspitzenden Problementwicklungen wie die soziale Ungleichheit, den Klimawandel, den Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Inflation und den gefährlich zunehmenden Einfluss des Rechtsextremismus. Die Teilnehmer/innen besuchten auch das Archiv in der Oldenburger Universitätsbibliothek, in dem die Entwicklung der Geld- und Bodenreformbewegung von ihren Anfängen im ausgehenden 19. Jahrhundert bis zu den 2020er Jahren mit allen ihren Licht- und Schattenseiten dokumentiert ist. Das Archiv mit einem Gesamtumfang von etwa 140 lfd. Regalmetern ist gleichsam das Gedächtnis dieser Bewegung, das in dieser Vollständigkeit einmalig ist. Daher betrachteten alle Teilnehmer/innen dieser Klausurtagung es als eine vordringliche Aufgabe der Stiftung, den dauerhaften Erhalt dieses Archivs sicher zu stellen. ./.

Es ist alles nur geliehen
Hier auf dieser schönen Welt!
Es ist alles nur geliehen
Aller Reichtum, alles Geld
Es ist alles nur geliehen
Jede Stunde voller Glück
Mußt du eines Tages gehen
Läßt du alles hier zurück
Man sieht tausend schöne Dinge
Und man wünscht sich dies und das
Nur was gut ist und was teuer
Macht den Menschen heute Spaß
Jeder will noch mehr besitzen
Zahlt er auch sehr viel dafür
Keinem kann es etwas nützen
Es bleibt alles einmal hier
Jeder hat nur das Bestreben
Etwas Besseres zu sein

Schafft und rafft das ganze Leben
Doch was bringt es ihm schon ein?
Alle Güter dieser Erde
Die das Schicksal dir verehrt
Sind dir nur auf Zeit gegeben
Und auf Dauer gar nichts wert
Darum lebt doch euer Leben
Freut euch auf den nächsten Tag
Wer weiß schon auf diesem Globus
Was das Morgen bringen mag
Freut euch an den kleinen Dingen
Nicht nur an Besitz und Geld

Es ist alles nur geliehen
Hier auf dieser schönen Welt
Es ist alles nur geliehen
Hier auf dieser schönen Welt
Heinz Schenk

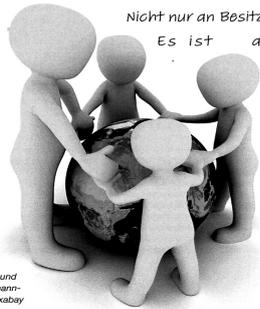


Bild von Peggy und Marco Lachmann-Anke auf Pixabay